

Katar

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	9
Militärausgaben	12
Lokale Rüstungsindustrie	13
Streitkräftestruktur	14
Bewaffnung der Streitkräfte	16
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	20
Polizei und andere Sicherheitskräfte	20

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	22
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	22
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	23
Innere Lage im Empfängerland	27
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	28
Bedrohung von Alliierten	32
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	32
Unerlaubte Wiederausfuhr	34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	35

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Deutschland war von 2017 bis 2021 viertgrößter Waffenlieferant Katars. Dies ging maßgeblich auf die Lieferung von Kampfpanzern und Panzerhaubitzen zurück. 2020 bis 2024 waren die USA, Italien, das Vereinigte Königreich, Frankreich und die Türkei die wichtigsten Rüstungslieferanten Katars. Katar war in der vergangenen Fünfjahresperiode weltweit drittgrößter Importeur von Großwaffensystemen: rund 6,8 % der von SIPRI verzeichneten Waffentransfers gingen in das kleine Emirat.

Die katarischen Streitkräfte sind traditionell in drei Teilstreitkräfte aufgeteilt und bestehen zum Großteil aus Ausländer:innen. Diese sind oft nicht hinreichend ausgebildet, hingegen genießen die katarischen Angehörigen der Streitkräfte eine sehr gute Ausbildung. Abgesehen von einzelnen Defiziten befinden sich die Streitkräfte insgesamt aber in einem guten Zustand, werden regelmäßig trainiert und sind für ihre Gesamtgröße von 16.500 Soldat:innen durchaus schlagkräftig. Im katarischen Heer dienen Angehörige dutzender Staaten, wobei es zu Konflikten zwischen verschiedenen Nationalitäten kommt. Ungeachtet der verhältnismäßig wenigen Soldat:innen ist das Heer in einem guten Zustand. Schwierigkeiten bereiten die unterschiedlichen Waffensysteme. Die Marine, Katars kleinste Teilstreitkraft, verfügt über eine nur relativ geringe Anzahl an Schiffen, ist im Vergleich zu seinen Nachbarn Bahrain und Kuwait allerdings recht gut ausgerüstet. Sie setzt ihre Schiffe überwiegend zu Patrouillenfahrten, zur Bekämpfung des Schmuggels in der Region oder zum Schutz der Öl- und Gasplattformen ein. Die Luftwaffe hingegen ist gut ausgerüstet und die Soldat:innen professionell ausgebildet, da primär auf katarische Offizier:innen zurückgegriffen wird. Ihre Einsatzbereitschaft demonstrierte die katarische Luftwaffe während des Libyen-Einsatzes 2011, als sie sich an den NATO-Luftschlägen gegen den ehemaligen Herrscher al-Gaddafi beteiligte, sowie zwischen 2015 und 2017 im Zuge der Luftangriffe gegen die jemenitischen Huthi-Rebell:innen.

Insgesamt sind nur etwa 30 Prozent aller Soldat:innen Einheimische, wobei für die unteren Ränge auch Angehörige von Beduinenstämmen rekrutiert werden. Lange Zeit war die Aufstellung einer professionellen Armee kein wesentliches politisches Ziel des Königshauses, da die Sicherheit des Landes vor allem durch die USA garantiert wurde. Folglich ist die Verbindung zwischen den Streitkräften und der Gesellschaft relativ schwach. Der Mangel an katarischen Soldat:innen führt auch zu Schwierigkeiten hinsichtlich der Waffenlieferungen, da die USA sensible Technologie nicht an andere Staatsangehörige weiterzugeben bereit ist.

Neben den Streitkräften existieren zahlreiche weitere Sicherheitskräfte: Die nationale Polizei ist für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die Durchsetzung der Gesetze sowie die Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten zuständig. Sie untersteht dem Innenministerium ebenso wie die Geheimpolizei (Mubahathat), die weitestgehend unabhängig operiert und mit der Aufdeckung aufrührerischen Aktivitäten und Spionage betraut ist. Zudem existiert die Qatar State Security, eine Geheimdienstabteilung (ehemals Mukhabarat), die der Armeeführung untersteht. Ihre Aufgaben sind die Bekämpfung des Terrorismus, Aufklärung sowie Informationsbeschaffung.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Katar ist wichtigen Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Angesichts der Diskussionen um die mögliche nukleare Bewaffnung einiger Staaten im Nahen und Mittleren Osten ist die

Ratifizierung des Non-Proliferationsvertrages für Nuklearwaffen ein wichtiger Schritt. Katars Politik hinsichtlich des Verbots von Massenvernichtungswaffen ist als aktiv zu bewerten. Zwei wichtige Rüstungskontrollverträge (Abkommen über Streumunition und den Arms Trade Treaty) hat Katar allerdings weder unterzeichnet noch ratifiziert.

Katar beschneidet zahlreiche bürgerliche und politische Rechte, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist stark eingeschränkt. Kritische Äußerungen in Bezug auf das Königshaus werden hart bestraft und die Medien, einschließlich der sozialen Plattformen, streng überwacht. Es gibt Fälle von Folter und politische Gefangene sind oftmals der Willkür des Staates ausgesetzt. Hinsichtlich der Frauenrechte sind Fortschritte zu verzeichnen, wie etwa die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts – dennoch werden Frauen weiterhin im privaten Bereich diskriminiert und gesellschaftlich strukturell benachteiligt und diskriminiert. Auch die Rechte von LGBTQIA+ Personen sind massiv beschränkt und Betroffene erleben willkürliche Festnahmen und Misshandlung in Haft durch die katarischen Sicherheitskräfte. Im Kontext der Fußballweltmeisterschaft 2022 war außerdem die prekäre Lage der Arbeiter:innen auf den Baustellen der Stadien in den Fokus gerückt. Ausländische Arbeitskräfte machen etwa 94 Prozent der Arbeiter:innen in Katar aus. Ihre Rechte werden nach wie vor massiv beschnitten, Ausbeutung ist der Regelfall.

Katar ist Mitglied des Rates für Zusammenarbeit im Golf (Gulf Cooperation Council), die seit 1984 eine gemeinsame Eingreiftruppe (Peninsula Shield Force) unterhalten. Das Verhältnis der GCC-Staaten zum Iran ist angespannt. Im Jemen sind Mitglieder des GCC im Rahmen einer von Saudi-Arabien geführten Militärkoalition aktiv, an der auch Katar bis Juni 2017 beteiligt war. Seit Jahren ist Katars Unterstützung zahlreicher islamistischer Terrorgruppen wie der Taliban, der Al-Shabaab Miliz oder der al-Nusra-Front ein Punkt, der sich belastend auf die internen Beziehungen der GCC-Staaten auswirkt. Die Unterstützung von Terrorgruppen sowie Katars Beziehungen zu Iran sind die beiden Gründe, die Saudi-Arabien, Bahrain, VAE und Ägypten im Juni 2017 anführten, um den Abbruch der Beziehungen zu Katar einzuleiten. Im Hintergrund dieser internen Zerwürfnisse spielen die Rivalität zwischen Saudi-Arabien und Katar sowie die eigenständige Außenpolitik des Emirates eine wesentliche Rolle für die gegenwärtige Krise, die den GCC schwer belastet. Im Zuge dieser ist Katar aus der gemeinsamen Eingreiftruppe sowie der OPEC derzeit allerdings ausgeschieden. Zu Beginn des Jahres 2021 wurde mit einem Abkommen jedoch die Wiederannäherung besiegelt, über einen Wiedereintritt Katars in die Peninsula Shield Force wird diskutiert.

Trat Katar in den zurückliegenden Jahren immer wieder als Finanzier des internationalen Terrorismus in Erscheinung, ist das Land bis heute von Terroranschlägen auf eigenem Territorium verschont geblieben, was auch auf die drakonischen Überwachungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Katar ist den wichtigsten internationalen Abkommen zur Bekämpfung des globalen Terrorismus beigetreten. Auch den wichtigsten Konvention zur Bekämpfung der transnationalen organisierten Kriminalität ist Katar beigetreten. Angesichts der prekären Lage vieler Gastarbeiter:innen, die teilweise der Sklaverei ähnelt, überrascht es indes jedoch nicht, dass Doha das Zusatzprotokoll gegen den Schmuggel von Auswandernden nicht unterzeichnet hat. Die Golfstaaten werden zunehmend zu einem Dreh- und Angelpunkt für den internationalen Drogenhandel. Katar hat auch das UN-Protokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Komponenten und Munition, nicht unterzeichnet. Es sind zwar keine illegalen Ausfuhren aus dem Land direkt bekannt, dennoch häuften sich in den letzten Jahren Fälle, in denen Waffen unter unklaren Umständen außer Landes gebracht wurden.

Katar übermittelt im Rahmen des UN-Waffenregisters keine Angaben zu Exporten und Importen von Rüstungsgütern. Auch für das UN-Instrument zur Berichterstattung über Militärausgaben stellt die Regierung in Doha keine Informationen zur Verfügung.

Katar gehört mit einem Nationaleinkommen pro Kopf von über 70.070 US-Dollar zu den high income economies. Trotz Bemühungen der Regierung die katarische Wirtschaft zu diversifizieren, ist diese immer noch zu großen Teilen vom Export von Erdgas und -Öl abhängig. Aufgrund des Krieges in der Ukraine und der damit einhergehenden gestiegenen Nachfrage nach Gas sagen Prognosen für das Jahr 2024 ein Wachstum des Bruttoinlandproduktes in Höhe von 3,6 Prozent vorher. Mit einem HDI-Wert von 0,875 liegt Katar derzeit auf dem 40. Platz von 193. Damit gehört es in den HDI-Kategorien zu den Staaten mit einer „sehr hohen menschlichen Entwicklung“. In Bezug auf die Sustainable Development Goals hat Katar mit einem Score von 64,93 auf Platz 102, was angesichts der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes nicht besonders hoch ist. Vor dem Hintergrund der hohen menschlichen Entwicklung und der aktuell stabilen wirtschaftlichen Lage stellen Rüstungsexporte in das Land kaum eine Gefahr für die weitere Entwicklung des Landes dar, auch wenn Katar bereits sehr stark militarisiert ist und seinem Militär mit 7 % (gemessen am BIP), hohe Finanzmittel zukommen lässt.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2023 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamt- wert
1999	Revolver, Pistolen, Jagd- und Sportwaffen: 34,9% Aluminiumprofile: 32,4% Munition für Revolver, Pistolen, Sport- und Jagdwaffen: 25,2%	0,075
2000	Bedienungssoftware für Funknetzwerk-Managementsystem: 75,6% Munition für Revolver, Pistolen und Jagd- und Sportwaffen: 17,9%	0,1
2001	Kreiselkompasssysteme: 83,5%	2,3
2002	Revolver, Pistolen, Scharfschützengewehre, Sport- und Jagdgewehre, inkl. – teile, Waffenzielgeräte: 65,7% Tauchgeräte: 31,1%	0,3
2003	Dekontaminationsausrüstung und ABC-Schutzausrüstung: 51,3% Revolver und Pistolen, inkl. – teile: 24,1% Mess- und Prüfgeräte und Teile für Sekundär-Radarsystem, Kommunikationsausrüstung und Navigationssysteme: 15,7%	0,2
2004	ABC-Schutzausrüstung und Dekontaminationsausrüstung: 55,1% Unterwassertelefone und Teile für Navigationsanlagen: 18,8% Wärmebildausrüstung: 14,8%	8,7
2005	ABC-Schutzausrüstung, Ausrüstung zur Personendekontamination und Detektionsausrüstung: 54,8% Munition für Gewehre, Maschinenpistolen, Kanonen, Granatpistolen und Teile für Haubitzenmunition: 39,6%	9,3
2006	LKW, Feuerlöschfahrzeug, Geländewagen und Teile für Panzer: 65,6% Teile für Kommunikationsausrüstung und Freund-Feind-Kennungs-ausrüstung: 26,0%	1,7
2007	Zielortungsgeräte: 61,2% Splitterschutzanzüge: 12,8% Software für militärisches Nachrichtenwesen: 9,6%	2,6
2008	Führungs- und Informationssystem-Software: 95,4%	5,2
2009	Munition für Gewehre, Nebelwerfer, Pyrotechnische Werfer, Granatpistolen, Jagdflinten, Sportflinten und Teile für Kanonenmunition: 52,1% Ballistische Körperschutzwesten und Teile für Schutzwesten: 29,8%	1,2
2010	Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für Head-Up-Displays: 62,1% Zieldarstellungsgeräte: 14,4% Geländewagen mit Sonderschutz: 7,0%	3,9

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2011	Software für Führungs- und Informationssystem: 55,7% Betankungsgeräte, Bodenstartgeräte und Teile für Hubschrauber: 31,4%	6,1
2012	Hubschraubertriebwerke, Fallschirmsysteme und Teile für Hubschrauber, Fallschirmsysteme: 93,6%	17,5
2013	Zugmaschinen, LKW, Kranwagen, Auflieger, Anhänger, Masten und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Landfahrzeuge: 44,4% Flugsimulator, Panzersimulator und Teile für Flugsimulator: 18,4% Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme und Radargeräte: 14,0% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Navigationsausrüstung: 12,2%	673,3
2014	Triebwerke, Anti-G-Hosen und Teile für Trainingsflugzeuge: 79,6% Wartungsgeräte für Panzerabwehrwaffen und Teile für Flugkörper, Panzerabwehrwaffen: 12,4%	15,44
2015	Kampfpanzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Geländefahrzeuge, Anhänger, Antennenmaste, Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 83,9%	1.662,78
2016	Triebwerke, Anti-G-Hosen, Teile für Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Triebwerke: 41,5% LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 31,2% Gussstücke und unfertige Erzeugnisse: 10,6%	10,23
2017	Mobile Stromerzeugungsaggregate: 91,2%	43,32
2018	Wartungsgeräte und Testgeräte für Panzerabwehrwaffen und Teile für Flugkörper, Abfeuerausrüstung: 46,3% Gepanzerte Radfahrzeuge und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 15,3% Radarsimulator, Gefechtsübungszentrum und Teile für Radarsimulator: 14,4% Kathodenstrahlröhren, Funksignalanalysesysteme und Teile für elektronische Ausrüstung, Funksignalanalysesysteme, Bauelemente, Baugruppen, Navigationsausrüstung: 6,5%	96,39
2019	Pyrotechnische Munition, Abfeuerausrüstung und Teile für Flugkörper, Abfeuerausrüstung, Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 39,8% Kommunikationsausrüstung, Kathodenstrahlröhren, Navigationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für die elektronische Kampfführung: 25,3% Gepanzerte Fahrzeuge und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 15,4%	235,97
2020	Munition für Kanonen, Gewehre, Flinten und Teile für Haubitzenmunition: 66,5% LKW, Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge, ballistischen Schutz: 11,5% Teile für Flugkörper, pyrotechnische Munition, Abfeuerausrüstung, Luftverteidigungssysteme und Flugkörperabwehrsysteme für Luftfahrzeuge: 6,1%	306,18
2021	Flakpanzer und Teile für Kanonen, Granatmaschinenwaffen: 53,4% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Messausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für elektronische Kampfführung: 16,0%	53,40
2022	Teile für Kampfpanzer: 54,4% Pyrotechnische Simulationsmunition, Abfeuerausrüstung und Teile für Flugkörper, Abfeuerausrüstung: 25,8%	50,21

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2023	Ausrüstung für Luftfahrzeugbesatzung und Teile für Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Triebwerke, Bodengeräte: 34,4% Software für militärische Ausrüstung: 26,9% Schmiedestücke, Gussstücke und unfertige Erzeugnisse: 13,4% Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ausrüstung für elektronische Kampfführung, Navigationsausrüstung: 8,6%	16,62

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2023, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2023

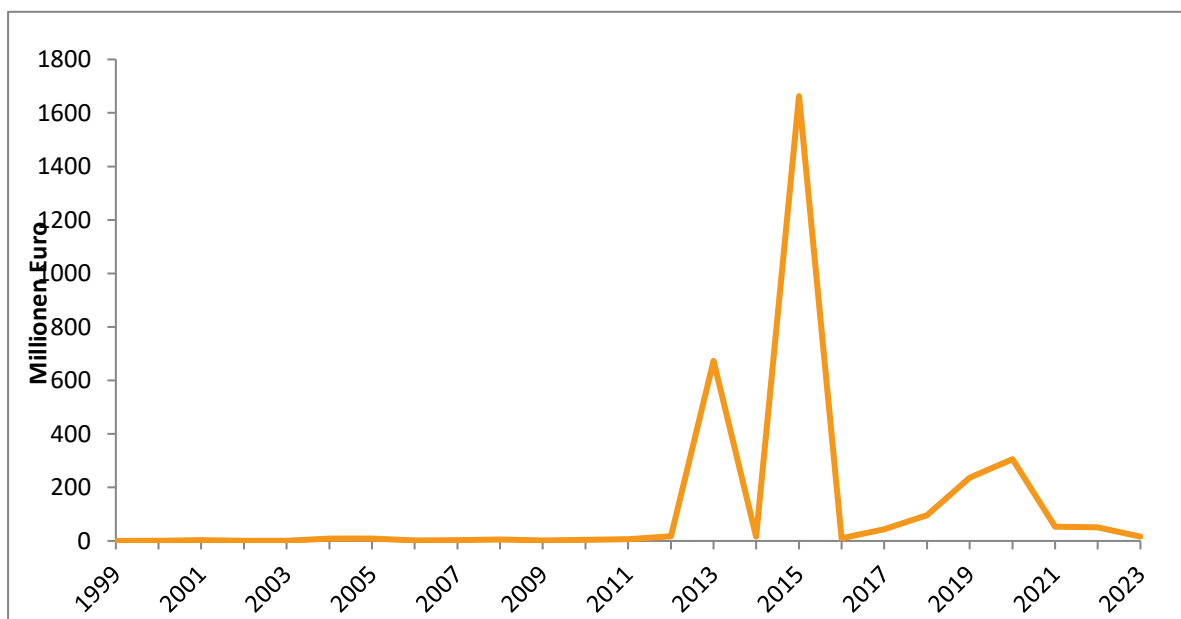


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Katar 2000-2024

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
62	Leopard-2A7	Panzer	2013	2015-2018	62	Neuwertig
24	PzH-2000	Selbstfahrlafette	2013	2015-2016	24	Neuwertig
6	Wisent-2	Pionierpanzer / Bergepanzert	2013	2016-2017	(6)	Neuwertig

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
13	Dingo-2	Patrouillen- und Sicherungsfahrzeug	(2014)	2017	(13)	Neuwertig
(32)	Fennek	Allzweckfahrzeug	(2014)	2017-2020	(32)	Neuwertig
(2)	COBRA	Artillerieaufklärungsradar	2016	2020	(2)	Neuwertig
15	Gepard	Flugabwehrpanzer	2020	2021-2022	(15)	Gebraucht

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Lange Jahre bewegten sich deutsche Rüstungsexporte nach Katar auf sehr niedrigem Niveau. Oftmals umfassten die Lieferungen von Rüstungsgütern ABC-Schutzrüstung, Ersatzteile, Munition oder Software. Seit 2012 sind die deutschen Ausfuhren zunächst langsam, im Jahr 2013 dann deutlich angestiegen. Die Rüstungsausfuhren 2013 sind in einem größeren Kontext rüstungspolitischer Entscheidungen seitens der Bundesregierung zu sehen, in denen Katar zu einem strategisch wichtigen Land in der Golfregion geworden ist. Im Jahr 2013 bestätigte die Bundesregierung die Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung für 62 Kampfpanzer (Leopard 2A7+), 24 Haubitzen (Typ PzH 2000) sowie sechs Bergefahrzeuge. Gemeinsam mit weiteren Fahrzeugen, Munition und Waffen wurden die Waffensysteme zwischen 2015 und 2018 ausgeliefert. Das Gesamtvolumen des Geschäfts zwischen Krauss-Maffei Wegmann und Katar, das neben der eigentlichen Lieferung auch die Ausbildung und weitere Dienstleistungen umfasst, beläuft sich auf rund 1,89 Milliarden Euro. Im Jahre 2016 wurde der Prototyp des deutschen Q-01 Flugzeugs auf der ILA in Berlin vorgestellt, das auch unbemannt geflogen werden kann. Das deutsche Unternehmen Reiner Stemme Utility Air Systems entwickelte das Aufklärungsflugzeug vornehmlich für die katarischen Streitkräfte und unterzeichnete auf der DIMDEX 2016 eine Absichtserklärung über die Herstellung und Lieferung weiterer Modelle. Vermutlich kam es aber zu keiner Lieferung mehr, bevor das Unternehmen im Juli 2018 in die Liquidation ging.

Diese Geschäfte legen nahe, dass Katar einen immer wichtigeren Abnehmer deutscher Waffen darstellt. Die Gründe hierfür mögen vielschichtig sein; aus Sicht der Bundesregierung ist das Golfemirat vor allem ein wichtiger Verbündeter in der Region, der einerseits sicherheitspolitisch relevant und andererseits ein verlässlicher Öl- und Gaslieferant ist. Die katarische Regierung warb zudem mit dem Argument, Waffenlieferungen zum Schutz vor sicherheitspolitischen Bedrohungen durch den Iran zu benötigen.

2020 wurde mit einem Gesamtvolumen von mehr als 306 Millionen Euro und 99 genehmigten Ausfuhranträgen ebenfalls ein relativ hoher Wert erzielt. Unter anderem lieferte Deutschland seither 15 Gepard Flugabwehrpanzer, 32 Fennek Allzweckfahrzeuge und zwei COBRA Artillerie Aufklärungsradare. 2021 genehmigte die Bundesregierung überwiegend Komponentenlieferungen für diese Systeme, die partiell bereits auf staatlichen Militärparaden präsentiert wurden. Auch 2022 wurden Ausfuhren im Wert von 50,21 Millionen Euro nach Katar bewilligt. Die insgesamt 53 Bewilligungen umfassten u. a. Teile für Kampfpanzer, pyrotechnische Simulationsmunition, Abfeuerausrüstung und Teile für Flugkörper. Für das Jahr 2023 wurden hauptsächlich Bauteile für die Flugzeuge und Helikopter, Teile für elektronische Kriegsführung, aber auch Software für den Betrieb von Kriegstechnik geliefert. Verglichen

mit den Vorjahren handelte es sich um einen vergleichsweise geringen Gesamtumfang von 16,62 Millionen Euro, was den geringsten Umfang seit 2016 darstellt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Katar 2020-2024, Mio. TIV¹

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	1175	2082	3373	2000	1152	9782

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

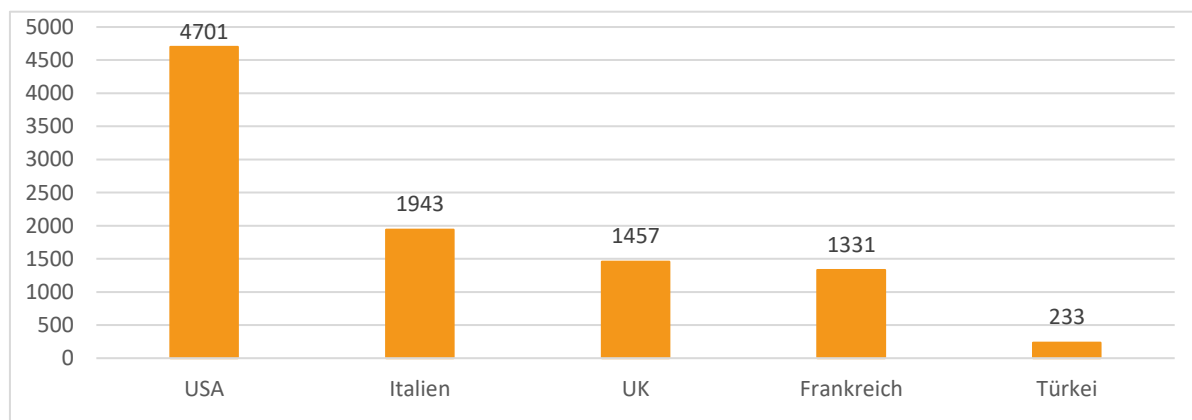
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Katar 2020-2024, Mio. TIV

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024	2020-2024
Summe	22	25	29	-	-	76

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: Mai 2025) nahm Katar im Zeitraum 2020-2024 abermals den dritten Platz unter den weltweit größten Waffenimporteuren ein. Insgesamt 6,8 % der weltweiten Waffenimporte gingen somit in den Golfstaat. Die Rüstungsimporte sind seit der 2009 eingeleiteten umfassenden Modernisierungsstrategie der Streitkräfte kontinuierlich angestiegen. Zu den wichtigsten Lieferanten gehören mit großem Abstand die USA (48 % aller Lieferungen), gefolgt von Italien (20 %), dem Vereinigten Königreich (15 %), Frankreich (14 %) und der Türkei (2,4 %).

Die USA haben in den letzten Jahren eine ganze Reihe unterschiedlicher Waffensysteme an Katar verkauft. Ausgeliefert wurden zwischen 2011 und 2016 insgesamt vier C-130J-30 Hercules sowie sechs C-17A Globemaster Transportflugzeuge. Im Jahr 2014 haben die USA und Katar zahlreiche Geschäfte vereinbart, die mehrere Milliarden US-Dollar umfassen. Dabei handelt es sich unter anderem um die Lieferung von 24 AH-64E Apache Kampfhubschraubern und drei Boeing-737 AEW&C Frühwarn- und Einsatzleitflugzeugen. Zusätzlich wurde der Import von zehn Patriot Flugabwehrraketensystemen und 500 Panzerabwehrlenkwaffen vom Typ Javelin FGM-148 vereinbart. Das gesamte Rüstungsgeschäft hat Berichten zufolge ein Volumen von rund elf Milliarden US-Dollar. Nach langen Verhandlungen gewann die USA die Ausschreibung zur Lieferung neuer Kampfflugzeuge: Im Zuge des Rüstungsdeals über zwölf Milliarden US-Dollar wurden insgesamt 36 F-15QA Eagles Mehrzweckkampfflugzeuge geliefert. Neben wirtschaftlichen Aspekten sind auch politische Überlegungen ausschlaggebend, da das Golfemirat zu einem immer wichtigeren Verbündeten der USA in der Region avanciert ist. Mit der Luftwaffenbasis in Udeid, dem Hauptquartier des Air Forces Central Command, befindet sich der größte US-Stützpunkt im Nahen Osten mittlerweile in Katar. Im Dezember 2017 wurde bekannt, dass Katar und die USA ein Abkommen zur Wartung von Katars F-15QA-Kampfflugzeugen abgeschlossen haben. Das Abkommen entspricht einem Wert von 1,1 Mrd. US-Dollar und beinhaltet u. a. die Lieferung von Marschflugkörpern und präzisionsgelenkten Bomben sowie die Modernisierung der Kampfflugzeuge mit dem Sniper-System zum effektiveren Einsatz dieser. Neben den F-15 wurden zwischen 2019 und 2021 auch die französischen Rafale mit dem Sniper ATP ausgestattet. In den letzten Jahren hat Katar aus den USA außerdem 5.000 Panzerabwehrraketen des Typs WGU-59 sowie 576 AGM-114K Hellfire-Raketen für die neuen gelieferten Apache Kampfhubschrauber importiert. Ferner beschlossen beide Länder seit 2019 die Lieferung von über 1.000 Präzisionsbomben, zwei weiterer Patriots sowie 12 weiterer F-15 Eagle Kampfflugzeuge, von denen sechs allerdings noch zur Lieferung ausstehen. Zwischen 2021 und 2022 wurden außerdem hunderte Luft-Boden-Raketen und BVR-Raketen für die F-15 Maschinen geliefert sowie Flugzeugaufklärungssysteme, Lenkbomben, Boden-Luft-Raketen, Anti-Schiff-Raketen, Anti-Radar-Raketen und Radargeräte.

Frankreich unterhält grundsätzlich gute Beziehungen zum Emirat und lieferte unter anderem zahlreiche (schätzungsweise 100) Anti-Schiffsraketen vom Typ MM-40-3 Exocet, dutzende Mistral und weitere Boden-Luft- und Luft-Boden-Raketen sowie 500 Panzerabwehrraketen vom Typ Milan, die in deutsch-französischer Zusammenarbeit entwickelt wurde. 2015 orderte das Emirat für insgesamt rund 6,7 Milliarden Euro 24 Rafale Kampfflugzeuge inklusive dazugehöriger Luft-Luft-Raketen und Marschflugkörper bei Frankreich, die zwischen 2019 und 2020 ausgeliefert wurden und von denen es 2017 12 weitere Exemplare bestellte. Diese Rafale wurden zwischen 2021 und 2022 komplett geliefert. 2018 hat Katar zudem 16 NH90 Hubschrauber sowie 16 AS-350/AS-550 Fennec Leichthubschrauber des europäischen Joint Ventures NHIndustries im Rahmen eines Geschäfts über drei Mrd. Euro in Paris bestellt. Letztere sind bereits vollständig übergeben worden; von ersteren wurden zwischen 2021 und

2024 sieben geliefert. An dem Geschäft dürfte auch die italienische Firma Finmeccanica beteiligt sein, die einen Anteil am größten daran beteiligten Hersteller EADS Eurocopter hält.

Im Juni 2016 unterzeichnete Katar auch einen Vertrag mit der italienischen Werft Fincantieri über 4,5 Milliarden US-Dollar. Der Rüstungsdeal sieht die Lieferung von vier Fregatten und zwei Korvetten, einem amphibisches Kampfschiff und zwei Patrouillenboote vor, mit deren Bau 2018 teilweise begonnen wurde. 2022 wurden die beiden Korvetten geliefert, von den vier Fregatten sind mittlerweile alle 4 übergeben worden. Im Dezember 2017 wurde bekannt, dass Katar einen Vertrag zum Kauf von 490 gepanzerten Fahrzeuge des Unternehmens Nexter mit Frankreich unterzeichnete. Im gleichen Monat wurde ein Großauftrag für das europäische Eurofighter-Konsortium abgeschlossen, von dem Katar 24 Eurofighter Typhoon Kampffjets aus dem Vereinigten Königreich kauft. Seit 2022 wurden 22 Exemplare geliefert. Der Eurofighter besteht zu etwa 30 Prozent aus deutschen Zulieferungen. Dazu zählen neben der Bordkanone von Mauser und Komponenten wie Hilfsgasturbinen oder Kraftstoffablassventile auch zahlreiche Ersatzteile, etwa zur Instandsetzung der Flugzeugbatterien. Der Auftrag beinhaltet Service- und Trainingsmaßnahmen und entspricht einem Wert von rund 5,7 Mrd. Euro. Wesentliche jüngste Rüstungslieferungen Italiens umfassen außerdem drei von sechs geordneten M-346 Master Trainings-/Kampfflugzeugen im Jahr 2022; zehn von 12 bestellten NH-90 NFH Hubschraubern zur U-Boot-Abwehr 2022-2024 sowie Luft-Boden-Raketen, Anti-Schiff-Raketen und Luftsuchradargeräte zwischen 2021 und 2022. Das Vereinigte Königreich lieferte außerdem jüngst neun Hawk-100 Trainings-/Kampfflugzeuge, BVR-Raketen sowie Lenkbomben nach Katar.

2016 unterzeichnete Katar einen Vertrag über geschätzte 725 Millionen US-Dollar mit dem europäischen Rüstungskonzern MBDA für ein Raketenabwehrsystem zur Küstenverteidigung. In diesem Zusammenhang wird MBDA auch Exocet MM40 Block 3, Marte ER, Aster 30 Block 1 und VL MICA – unterschiedliche Modelle von Seezielflugkörpern – für rund 1,1 Milliarden US-Dollar an die katarische Marine liefern.

Obwohl Katar seit 2009 bestrebt ist, im Rüstungsbereich deutlich stärker mit den USA zusammenzuarbeiten, zeigt unter anderem das Geschäft mit der türkischen Werft Ares, dass es – ähnlich wie viele andere Golfstaaten – eine Diversifizierung der Beschaffungen keinesfalls ausschließt. 2014 bestellte Katar 17 Schnellboote dieser Werft. Zusätzlich werden für die Marine in Kooperation mit der niederländischen Damen Werft sechs Off-Shore Patrol Schiffe des Typs Stan Patrol-5009 in der katarischen Nakilat Damen Shipyard gefertigt. Die Ausweitung der Rüstungsgeschäfte sind aber auch auf die Intensivierung der bilateralen Beziehungen in Wirtschaft und Sicherheitspolitik seit der Krise im Golfkooperationsrat 2017 zurückzuführen. So unterhält Ankara eine Auslandsmilitärbasis in dem Emirat, welches für die Türkei insbesondere seit dem Währungsverfall zu den wichtigsten Investoren zählt. So bestellte Doha seit 2017 diverse gepanzerte Mannschaftstransporter, darunter 314 Yörük, 392 Eider Yalcin, 50 Kirpi sowie 35 Modelle vom Typ Amazon, von denen die meisten bisher geliefert wurden. 2019 wurden zudem sechs bewaffnete Bayraktar TB-2 Drohnen geliefert und 2020 drei Landungsschiffe aus der Türkei geordert, welche 2021/2022 geliefert wurden.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

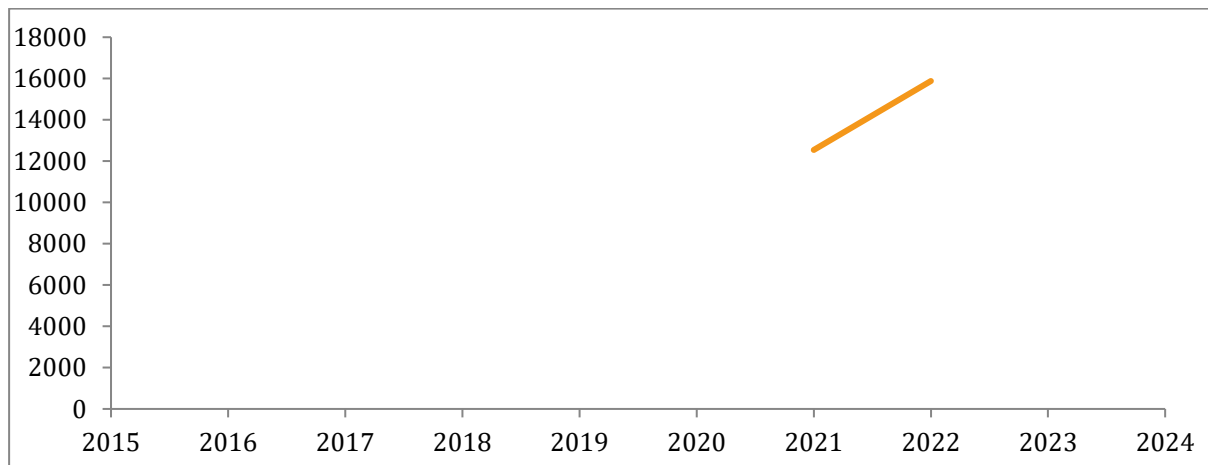
	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	-	12541	15879	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	-	6,5	6,5	-	-
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	-	22,0	26,9	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

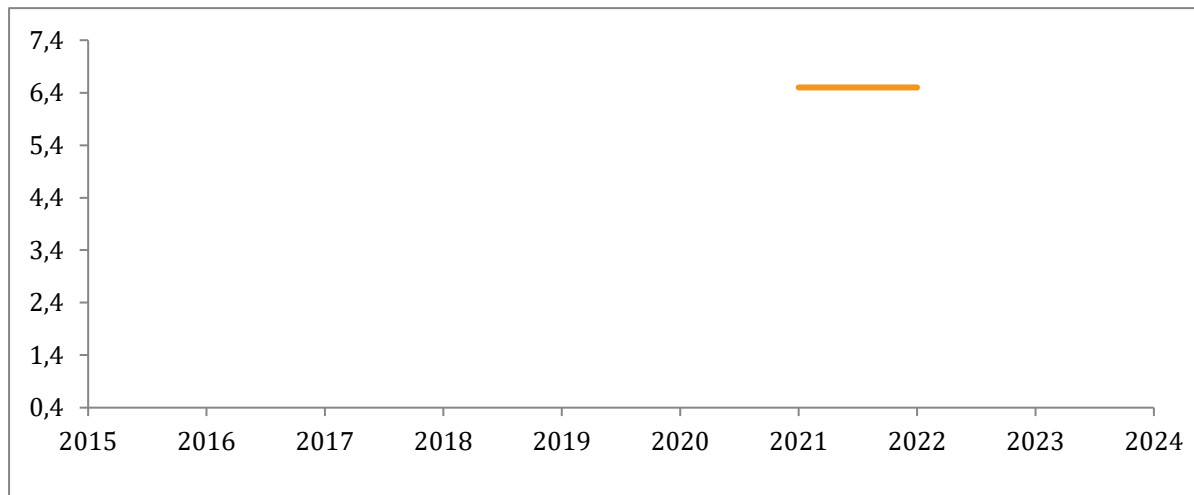
Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2023.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Katar ist weitestgehend von Rüstungsimporten abhängig, da es nur sehr begrenzt über eigene rüstungsindustrielle Produktionskapazitäten verfügt. Insbesondere Klein- und Leichtwaffen und kleinkalibrige Munition werden im Land produziert und seit einigen Jahren wurden zudem die Kapazitäten zur Instandhaltung von Schiffen ausgebaut. Insgesamt kann die katarische Rüstungsindustrie derzeit als wenig entwickelt bezeichnet werden. Aufgrund dessen bestehen langfristige und umfangreiche Rüstungsk Kooperationen, insbesondere mit den USA. Dabei umfassen die Beschaffungsvorhaben Kampfpanzer, Artilleriesysteme, Luftabwehr- und Raketenabwehrsysteme, Kampfflugzeuge, Mehrzweckhubschrauber und moderne Radarsysteme. Dies steht in keinem Widerspruch zur Entscheidung des katarischen Königshauses im Jahr 2007, stärker als zuvor eine eigene Rüstungsindustrie zu entwickeln, um inländische Produktionskapazitäten und Wartungsmöglichkeiten aufzubauen. Denn die Industrie ist gemeinsam mit der Politik bestrebt, durch umfangreiche Rüstungsgeschäfte moderne Rüstungstechnologie in das Land zu holen. Der Technologietransfer ist dadurch oft zu einer Grundvoraussetzung für Rüstungsgeschäfte geworden, bei denen ein Teil der Beschaffungen in Co-Produktion im eigenen Land hergestellt wird. Diese Herangehensweise erlaubt einerseits die Modernisierung der Streitkräfte und andererseits auch die Ausbildung einheimischer Arbeitskräfte im Rahmen von Rüstungsgeschäften.

Zur Stärkung der eigenen Rüstungsindustrie hat Katar unter anderem 2012 mit der Türkei ein Kooperationsabkommen geschlossen, das auch die gemeinsame Forschung und Entwicklung neuer Waffensysteme und Rüstungstechnologie vorsieht und 2014 in Kraft getreten ist. So wollen beide Länder künftig enger zusammenarbeiten und gemeinsame Militärübungen durchführen. Im selben Jahr erwarb Katar 50 Prozent am türkischen Rüstungskonzern BMC. Als im Januar 2019 ein Teil der staatlichen Panzerfabrik privatisiert wurden, die auch den Altay Kampfpanzer produziert, gingen 49,9 Prozent an das nun türkisch-katarische Gemeinschaftsunternehmen.

Um den Aufbau einer heimischen Verteidigungsindustrie und entsprechende Technologietransfers zu koordinieren, wurde 2018 die staatliche Barzan Holding gegründet und nach dem Vorbild der Emirates Defence Industrie Co (EDIC) und der Saudi Arabian Military Industries (SAMI) aufgebaut. Seither wurden mehrere Joint Ventures (JV) gegründet und Kooperationsvereinbarungen getroffen, so etwa auch mit dem deutschen Unternehmen Rheinmetall. Die konkreten Aufgaben der „Rheinmetall Bazarn Advanced Technologies“ sind dabei die Lieferung moderner Munition sowie der Aufbau einheimischer Kapazitäten zur Herstellung und Verwaltung von Munition, Forschung und Entwicklung zu unbemannten Bodenfahrzeugen und Lösungen zur Drohnenabwehr und dem Schutz von kritischer Infrastruktur. Ähnliche Kooperationsvereinbarungen existieren auch mit anderen europäischen Rüstungsunternehmen wie Nexter Systems, Kongsberg, Fincantieri und Beretta Holdings. Mit letzterem soll eine Produktionsstätte für Handfeuerwaffen in Katar errichtet werden, so Berichte im Jahr 2018. Ob derweil eine Produktion angelaufen ist, ist unklar. Mit Fincantieri wurde 2025 eine Zusammenarbeit im maritimen Bereich (durch das katarische Unternehmen Milaha) mittels MoU festgelegt.

2018 gründete die Barzan Holdings das Joint Venture BARQ QSTP LLC mit dem türkischen Rüstungskonzern Aselsan, welches sich auf die Produktion von Kommando- und Kontrollsystemen, Wärmebild- und Nachtsichtkameras sowie ferngesteuerte Waffenstationen konzentriert. Mit dem türkischen Unternehmen Sur International wurde das JV QSur gegründet, das Uniformen für das Militär herstellt. Mit dem britischen Unternehmen QinetiQ wurde 2018 das JV BQ Solutions gegründet. Auch mit US-amerikanischen Rüstungsunternehmen wie Orbital ATK und Wilcox Industries bestehen bereits Vereinbarungen zum zukünftigen Technologietransfer.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 12 Monate (18- bis 35-jährige Männer, für Frauen freiwillig)

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

16.500 aktive Streitkräfte, davon:
Heer: 12.000
Marine: 2.500 (einschließlich Küstenwache)
Luftwaffe: 2.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: ca. 5.000
Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Aktive in 1.000 (IISS)	11,8	11,8	16,5	16,5	16,5	16,5	16,5	16,5	16,5

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Soldat:innen auf 1.000									
Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	4,8	4,6	6,4	6,3	5,9	6,6	6,2	6,2	5,8

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Die katarischen Streitkräfte sind traditionell in drei Teilstreitkräfte aufgeteilt. Sie verfügten lange Zeit über alte Waffen aus französischer Produktion, sind jedoch seit einigen Jahren bestrebt, durch extrem umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen neue und hochtechnologische Waffensysteme zu beschaffen, um die eigene Schlagkraft zu verbessern. Die katarischen Streitkräfte bestehen zum Großteil aus Ausländer:innen, die in Katar leben. Sie sind jedoch oft nicht hinreichend ausgebildet, während die katarischen Angehörigen der Streitkräfte eine sehr gute Ausbildung genießen. Führungspositionen und Kommandoposten innerhalb der Streitkräfte werden von Mitgliedern der Königsfamilie und loyalen Unterstützer:innen des Königshauses besetzt. Im Jahr 2012 hat das katarische Regime die Wehrpflicht eingeführt, um den Nachwuchsproblemen innerhalb der Streitkräfte entgegenzuwirken. Gleichzeitig hat die Regierung die Gehälter der Soldat:innen signifikant erhöht, um den Dienst attraktiver zu machen.

Abgesehen von einzelnen Defiziten befinden sich die Streitkräfte insgesamt in einem guten Zustand, werden regelmäßig trainiert und sind für ihre Gesamtgröße von 16.500 Personen durchaus schlagkräftig. Während die Flugabwehr bis vor wenigen Jahren noch Fähigkeitslücken aufgrund von veraltetem Material aufwies, gilt sie mittlerweile als modernisiert.

Parallel zu den umfangreichen Beschaffungsmaßnahmen fördert die militärische Führung groß angelegte Ausbildungsmaßnahmen für die mittlere Führungsebene. Trotz der Fortschritte und Verbesserungsmaßnahmen setzt das Regime gleichzeitig zur Gewährleistung seiner Sicherheit und bedingt durch die Größe und Einsatzbereitschaft seiner Streitkräfte auf internationale Zusammenarbeit. So sorgen die enormen Summen, die in den vergangenen Jahren für das katarische Militär investiert wurden, dafür, dass die Staaten, die diese Waffensysteme produzieren, warten und das Personal ausbilden, ein wachsendes Interesse an der Zukunft des Landes haben. In Europa gehören dazu Frankreich, Deutschland, Italien und das Vereinigte Königreich. Zudem wurde die strategische Allianz mit der Türkei in den letzten Jahren deutlich intensiviert. Die US-Militärpräsenz (rund 11.000 Soldat:innen) auf dem Luftwaffenstützpunkt Al-Udeid ist jedoch nach wie vor der sicherste Garant für die Sicherheit Katars. Katar gilt zudem als ein wichtiger Nicht-NATO Verbündeter des transatlantischen Bündnisses.

Zudem ist der Ausbau militärischer Infrastruktur zu beobachten und Katar versucht derzeit ihre Fähigkeiten zur militärischen Machtprojektion auszubauen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	62	Leopard 2A7+
Schützenpanzer	40	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	418	
Aufklärer	32	Fennek
Bergepanzer	3	
Artillerie	Mehr als 89	
Panzerabwehr	24	Anzahl der selbstfahrenden Geschütze, zzgl. einige tragbare Systeme (Javelin, Milan, Kornet-EM)
Raketen	Mehr als 8	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Das Heer besteht größtenteils aus Rekrut:innen anderer Länder, da nur wenige Kataris dem Heer beitreten wollen und ohnehin ein großer Teil der Bevölkerung keine Kataris sind. Kataris stellen lediglich die viertgrößte Bevölkerungsgruppe im Land. So sind auch nur etwa 30 Prozent aller Soldat:innen gegenwärtig katarischer Abstammung. Dagegen leistet eine große Anzahl pakistanischer Soldat:innen und Offizier:innen Dienst in den katarischen Landstreitkräften – eine Tatsache, die aus einer intensiven sicherheits- und rüstungspolitischen Zusammenarbeit resultiert. Insgesamt dienen Angehörige dutzender Staaten im Heer, wobei es durchaus auch zu Konflikten zwischen verschiedenen Nationalitäten kommt. Ungeachtet der verhältnismäßig wenigen Soldat:innen ist das Heer in einem guten Zustand. Schwierigkeiten bereiten die unterschiedlichen Waffensysteme. In den letzten Jahren wurden daher vielfach moderne Systeme aus Deutschland beschafft, die die Fähigkeiten des Heeres massiv verbessern. So stehen dem Heer insgesamt 62 Kampfpanzer des Typs Leopard 2A7+ zur Verfügung, die zwischen 2015 und 2018 im Zuge eines 1,9 Milliarden Euro Deals aus Deutschland bezogen wurden. Sie lösten die alten französischen AMX-30 Panzer ab. Ebenso bezog Katar im Zuge des Auftrags 24 Panzerhaubitzen 2000, 14 minenresistente Fahrzeuge des Typ Dingo-2 HD, sechs gepanzerte Berge-/Pionierfahrzeuge vom Typ Wisent 2 sowie 32 Fennek Aufklärungsfahrzeuge aus Deutschland.

Ein Ersatz für die große Flotte der gepanzerten Mannschaftstransporter sowie der Schützenpanzer ist nach wie vor dringend erforderlich. So hat das Heer Bedarf an der Beschaffung von bis zu 460 neuen Schützenpanzern angemeldet, wobei der französische Nexter VBCI 8x8 und der Boxer vom deutschen Konzern Krauss-Maffei Wegmann in der engeren Auswahl stehen sollen. Inzwischen hat das katarische Militär eine große Anzahl vergleichsweise leicht

gepanzerter, aber schwer bewaffneter türkischer Fahrzeuge erworben. Dazu gehören unterschiedliche Versionen der Modelle Yörük, Eider Yalcin, Kirpi und Amazon.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Fregatten	4	
Patrouillenboote	24	
Amphibienfahrzeuge	4	
Logistik und Unterstützung	2	

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Küstenwache:

28 Patrouillenboote

Küstenverteidigung:

9 Schiffsabwehrraketensysteme

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Marine Katars ist die kleinste der drei Teilstreitkräfte, ist jedoch seit 1990 deutlich gewachsen und im Gegensatz zu seinen Nachbarn Kuwait und Bahrain ausgesprochen schlagkräftig. Die Anzahl der Schiffe ist dennoch gering. Es handelt sich im Wesentlichen um italienische Al Zubarah Fregatten und Musherib Korvetten. Darüber hinaus besitzt die Marine auch französische La Combattante III Flugkörperschnellboote (missile boats) und britische Barzan Schnellboote. Der Kampfwert beider Schiffsklassen wurde durch moderne französische Exocet Anti-Schiffs-Raketen erhöht.

Die katarische Marine setzt ihre Schiffe überwiegend zu Patrouillenfahrten, zur Bekämpfung des Schmuggels in der Region oder zum Schutz der Öl- und Gasplattformen ein. Für die Marine sind ebenfalls umfassende Modernisierungsprogramme vorgesehen, die wesentlich aus den gestiegenen Schutzanforderungen für die Öl- und Gasplattformen sowie der aus Sicht Katars zunehmenden Bedrohung durch den Iran resultieren. Dabei stehen wahrscheinlich Minensuchboote, neue Marinehubschrauber, Kapazitäten bei Aufklärung und Radartechnologie im Zentrum. Eine neue Marinebasis in der Nähe der Hauptstadt Doha ist seit 2019 einsatzbereit. Mit zahlreichen Ankerplätzen gehört diese zu einer der größten in der gesamten Region. Es existieren Pläne zur Errichtung weiterer Marinestützpunkte. Mittlerweile sind alle der vier geordneten italienischen Fregatten (Al Zubarah) und zwei Korvetten vom Typ Fincantieri-7000 ausgeliefert und in Dienst gestellt. Zudem produziert Italien im Rahmen

dieses Geschäftes von rund 4 Milliarden Euro auch das amphibische Angriffsschiff Trieste, 12 NH-90 Hubschrauber sowie vier AW169 für die katarische Marine. Von der Marinebasis in der Nähe von Doha aus operieren auch die zwei Ares 150 Offshore-Patrouillenboote, zehn Ares 110 und fünf Ares 75 Hercules-Patrouillenboote, die 2014 in der Türkei bestellt und mittlerweile ausgeliefert wurden. Der Import drei weiterer Ares 150 sowie sechs Ares 80 SAT zur Unterstützung der Spezialeinheiten wurde während der DIMDEX 2018 bekannt gegeben. Für die Küstenverteidigung wurden auch 6 Einheiten der europäischen Marte ER Antischiffsraketen eingekauft.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Erdkampfflugzeuge	98	
Transportflugzeuge	18	Davon 6 Passagierflugzeuge
Ausbildungsflugzeuge	47	Davon 6 eingelagert
Kampfhubschrauber	24	
Transporthubschrauber	10	
Helikopter zur U-Boot Abwehr	9	
Mehrzweckhubschrauber	34	
Drohnen	6	Bayraktar TB2 (kampffähig)
Luftabwehr	Mehr als 34	u. a. M903 Patriot, FIM-92 Stinger, NASAMS III
Raketen	Einige	u. a. Apache; Hellfire, Exocet, R-550 Magic 2

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Luftwaffe ist gut ausgerüstet und die Soldat:innen professionell ausgebildet, da primär auf katarische Offizier:innen zurückgegriffen wird. Ihre Einsatzbereitschaft demonstrierte die katarische Luftwaffe u. a. im Zuge der Beteiligung an der saudisch-geführten Militärkoalition im Jemen (bis 2017) sowie während des Libyen-Einsatzes 2011, als sie sich an den NATO-Luftschlägen gegen den ehemaligen Herrscher al-Gaddafi beteiligte. Gegenwärtig verfügt sie größtenteils über amerikanische und französische Kampfflugzeuge des Typs F-15QA sowie Dassault Rafale. Darüber hinaus besitzt die Luftwaffe mittlerweile auch 22 Eurofighter Typhoon. Unklarheit besteht bezüglich der ehemaligen Mirage 2000 Kampffjets der katarischen Luftwaffe. Hier war es laut Medienberichten geplant diese an Indonesien zu verkaufen, aber das Importland zog sich 2024 aus den Verhandlungen zurück. Das IISS listet diese jedoch nicht mehr als Bestand Katars.

In den letzten Jahren mehrten sich Berichte, wonach die Luftwaffenführung die Anschaffung US-amerikanischer F-16 Kampfflugzeuge anstrebt. Stattdessen wurde im Jahr 2017 jedoch ein Vertrag über die Lieferung von F-15QA mit dem US-amerikanischen Hersteller Boeing geschlossen; eine Katar-spezifische Variante der neuesten F-15 Advanced Eagle. Die Lieferung von 36 Kampfflugzeugen dieses Typs wurde 2020 durch den amerikanischen Kongress bewilligt. Insgesamt bewilligte der Kongress die Lieferung von 72 Flugzeugen, da Katar die Option besitzt eine zweite Charge von 32 F-15QA zu bestellen. Alle 36 F-15QA Jets sind Stand 2024 geliefert. Neben modernen Kampfflugzeugen befinden sich 24 Kampfhubschrauber des Typs AH-64E aus amerikanischer Produktion in den Beständen, die 2016 bestellt wurden. Es besteht die Option 24 weitere Hubschrauber gleichen Typs nachzubestellen. Zu den weiteren Hubschrauberbeschaffungen gehören 16 taktische Transporthubschrauber vom Typ NH90, die die alten Westland Commandos ersetzen, sowie 16 Airbus H125 für Schulungszwecke.

2009 wurden acht neue Boeing C-17-Transportflugzeuge in Dienst gestellt. Diese ermöglichen es Katar, humanitäre und militärische Hilfsgüter in afrikanische Länder zu liefern, in denen Doha versucht, Einfluss zu gewinnen. Sie haben es Katar auch ermöglicht, einen Beitrag zu den US-geführten Militärkoalitionen zu leisten, indem sie Nachschub für die in Afghanistan und im Irak operierenden Streitkräfte lieferten. Im Dezember 2019 transportierte die katarische Luftwaffe auch gepanzerte Fahrzeuge nach Mali. Die C-17-Maschinen werden durch vier Lockheed Martin C-130J-30-Transporter ergänzt. Die Beschaffung von Tankflugzeugen ist geplant. Durch Geschäfte mit den USA soll darüber hinaus auch die Flugabwehr des Landes gestärkt werden. Im Dezember 2017 wurde bekannt, dass Katar mit dem Vereinigten Königreich einen Vertrag im Wert von rund 5,7 Mrd. Euro über 24 Eurofighter Typhoons sowie MBDA Meteor Luft-Luft-Raketen mit größerer Reichweite, Brimstone Luft-Boden-Raketen und lasergesteuerten Paveway IV Bomben unterzeichnet hat. Der Auftrag beinhaltet auch Service- und Trainingsmaßnahmen für die Eurofighter. Zusätzlich wurden 9 britische Ausbildungsflugzeuge vom Typ Hawk Mk167 angeschafft.

Während die meisten Piloten:innen über eine gute Ausbildung verfügen, ist die katarische Luftwaffe bei der Instandhaltung, Wartung und logistischen Unterstützungsleistungen weiterhin auf Unterstützung durch Verbündete oder private Unternehmen angewiesen. Durch die Ausbildung neuer Techniker:innen versucht die Führung diese Fähigkeitslücke zu schließen. Auch die Luftwaffe kooperiert intensiv mit Pakistan. Während im Heer pakistanische Soldat:innen in Kampfeinheiten dienen, beschränkt sich die Zusammenarbeit in der Luftwaffe auf Ausbildung und Training. Zahlreiche katarische Luftwaffenoffizier:innen wurden in Pakistan ausgebildet.

Box 3

Peacekeeping

Libanon (UNIFIL): 1 Soldat:in

Quelle: IISS Military Balance 2025

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Das katarische Militär ist verantwortlich für die äußere Sicherheit des Landes, die Streitkräfte sind jedoch verhältnismäßig klein. Während viele Soldat:innen der unteren Dienstgrade aus schätzungsweise bis zu zwanzig anderen Nationen stammen, sind Offiziers- und Kommandoposten überwiegend mit Mitgliedern der Königsfamilie oder regimetreuen Kataris besetzt. Insgesamt sind nur etwa 30 Prozent aller Soldat:innen Einheimische, wobei für die unteren Ränge auch aus Beduinenstämmen rekrutiert wird. Lange Zeit war die Aufstellung einer professionellen Armee kein wesentliches politisches Ziel des Königshauses, da die Sicherheit des Landes vor allem durch die USA garantiert wurde, die zahlreiche Stützpunkte in dem Land unterhält. Daher ist die Verbindung zwischen den Streitkräften und der Gesellschaft relativ schwach und beschränkt sich allenfalls auf die höheren Führungsebenen.

Eine viermonatige Wehrpflicht wurde erstmals 2014 eingeführt und bereits 2018 auf die Dauer von einem Jahr ausgeweitet. Sie gilt verpflichtend für alle katarischen Männer zwischen 18 und 35. Mit dem 2018 verabschiedeten Gesetz zur Wehrpflicht wurde auch erstmals Frauen der Eintritt in die Armee gewährt, allerdings auf freiwilliger Basis. 2019 wurde zudem eine erste Pilotin zur US-Verbindungsoffizierin ernannt. Teile der Bevölkerung befürworten das neue Wehrpflichtgesetz als Beitrag zur Erziehung junger Männer. Andere Kataris verurteilen das Gesetz als ungerechte Strafe des Staates, die jedoch nicht alle trifft: Student:innen, Alleinversorger:innen von Familien oder körperlich weniger taugliche Männer müssen nicht zum Wehrdienst. Sicher ist, dass der Wehrdienst für den Staat eine willkommene Möglichkeit ist, Betroffenen Patriotismus und Loyalität näher zu bringen. Neben dem militärischen Training und der Ausbildung sind Wehrpflichtige eine wesentliche Zielgruppe für die Propaganda von Regierungen.

Der Mangel an katarischen Militärs führt auch zu Schwierigkeiten hinsichtlich der Waffenlieferungen, da die USA nicht bereit sind, sensible Technologie an andere Staatsangehörige weiterzugeben.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2019	2020	2021	2022	2023
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Neben den Streitkräften existieren noch zahlreiche weitere Sicherheitskräfte. Die nationale Polizei, die dem Innenministerium untersteht, umfasst etwa 8.000 Personen. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Durchsetzung der Gesetze sowie die Verhinderung oder Aufklärung von Straftaten. Vor dem Hintergrund einer steigenden Kriminalitätsrate hat das Königshaus im Sommer 2014 eine neue Polizeiakademie eröffnet. Wie auch beim Militär soll die Polizei personell besser

ausgestattet werden, um die nationale Sicherheit zu verbessern. Ebenfalls unter der Kontrolle des Innenministeriums steht die Geheimpolizei (Mubahathat), die weitestgehend unabhängig operiert und mit der Kontrolle aufrührerischer Aktivitäten und Spionage betraut ist.

Darüber hinaus existiert eine Geheimdienstabteilung (ehemals Mukhabarat), die der Armeeführung untersteht. Diese sogenannte „Qatar State Security“ ist 2004 aus dem Zusammenschluss des „General Intelligence Service (Mukhabarat)“ und der „Investigation and State Security Service (Mubahith)“ hervorgegangen. Ihre Aufgaben sind die Bekämpfung des Terrorismus, Aufklärung sowie Informationsbeschaffung. Dazu wird regelmäßig und teilweise flächendeckend die Kommunikation von Verdächtigen überwacht.

Wie auch bei den Streitkräften stammt der Großteil der paramilitärischen „internen Sicherheitskräfte“ (rund 5.000 Sicherheitskräfte) ursprünglich aus anderen arabischen Ländern. Lediglich Offizier:innen und Mitglieder der „Internal Security Force“ (ISF) sind Kataris. Aufgrund dieser Strukturen entstehen nicht selten Kommunikations- und Führungsschwierigkeiten.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Nicht kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Nicht kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten (mit Einschränkung)	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) von 2021	Nicht beigetreten	https://treaties.un.org

Kommentar

Katar ist einigen wichtigen Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Angesichts der Diskussionen um die mögliche nukleare Bewaffnung einiger Staaten im Nahen und Mittleren Osten ist die Ratifizierung des Non-Proliferationsvertrages für Nuklearwaffen ein wichtiger Schritt. Insgesamt verfolgt Katar bei dem Verbot von Massenvernichtungswaffen eine sehr aktive Politik und ist bemüht, diese Waffen im Nahen und Mittleren Osten zu verbieten. Dazu hat die Regierung vor rund zehn Jahren das „National Committee for the Prohibition of Weapons“ (NCPW) eingerichtet, das die Regierung in allen Bereichen der Rüstungskontrolle beraten soll.

Zwei wichtige Rüstungskontrollverträge der jüngsten Zeit hat Katar demgegenüber weder unterzeichnet noch ratifiziert. Zwar nimmt das Land regelmäßig an den Treffen im Rahmen des Abkommens über Streumunition teil, ein Signatarstaat des Übereinkommens ist es jedoch nicht. Katar besitzt nach Angaben des Verteidigungsministeriums Streumunition. Es ist allerdings davon auszugehen, dass das Land diese Munition nicht selbst produziert. Berichten zufolge hat Katar sie auch nicht exportiert. Die Regierung hat jedoch bestätigt, dass Streumunition in Trainingsmissionen zum Einsatz gekommen ist. Ungeachtet dessen hat Katar den Einsatz von Streumunition durch Syrien scharf verurteilt und für eine Resolution der UN-Versammlung zur Verurteilung des Einsatzes durch die syrische Führung gestimmt. Zum anderen hat Katar sich bei der Abstimmung über den weltweiten Waffenhandelsvertrag (ATT) bei den Vereinten Nationen der Stimme enthalten. Zwar lehnt das Königshaus den ATT nicht grundsätzlich ab – Überlegungen, den Vertrag zu unterzeichnen, gibt es derzeit aber keine.

Gegen Katar sind weder Sanktionen der EU noch der Vereinten Nationen verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 4

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were no significant changes in the human rights situation in Qatar during the year.

Siehe Report 2022:

Qatar is a constitutional monarchy in which Emir Sheikh Tamim bin Hamad Al Thani exercises absolute executive power. The constitution provides for hereditary rule by men in the emir's branch of the Al Thani family. The country held elections in October 2021 for the Shura (Consultative) Council, a legislative body with limited authorities, which were the first such elections in the country's history. Voters chose 30 representatives of the 45-member body, with the Emir appointing the other 15 members. Observers considered these elections free and fair with 63 percent turnout, but with election laws that disenfranchised some tribal groups. The emir appoints all cabinet members, including the prime minister. The national police and Ministry of Interior forces maintain internal security and are responsible, among other matters, for preventing terrorism, cyberattacks, and espionage. The national police oversee general law enforcement. Civilian authorities maintained effective control over security forces. There were infrequent reports of abuses committed by security forces. Significant human rights issues included credible reports of: serious restrictions on free expression, including the existence of criminal libel laws; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of nongovernmental organizations and civil society organizations; restrictions on migrant workers' freedom of movement, access to justice, and vulnerability to abuses, including forced labor; inability of citizens to change their government peacefully in free and fair elections; serious and unreasonable restrictions on political participation, including a complete prohibition on political parties; lack of investigation and accountability for gender-based violence; existence of laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct; and prohibitions on independent trade unions. The government took limited steps to prosecute those suspected of committing human rights abuses or engaging in corruption. The government did not make public statistics on prosecutions related to human rights,

including forced labor. The government took some steps to address forced labor, but there were numerous reports of impunity, including excessive lengths of time for labor dispute resolution and acts of reprisal against migrant workers through bringing false charges of absconding from employment contracts.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/qatar/>

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2025

Migrant workers, including domestic workers, continued to face human rights abuses, including wage theft, harsh working conditions and poor access to redress mechanisms. Qatar and FIFA again failed to provide redress for the vast numbers of migrants abused while working on 2022 World Cup projects. The right to freedom of expression remained curtailed. Women and LGBTI people continued to face discrimination in law and practice. Qatars latest emissions reduction target was undermined by a plan to vastly expand liquefied natural gas production.

Quelle: Amnesty International Report 2025
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/8515/2025/en/>

Box 6

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2025

Bewertung für Katar auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 18/60

Politische Rechte: 7/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (25/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 7

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2025

Qatar's hereditary emir holds all executive and legislative authority and ultimately controls the judiciary. Political parties are not permitted, and public participation in the political arena is extremely limited. While Qatari citizens are among the wealthiest in the world, most of the population consists of noncitizens with no political rights, few civil liberties, and limited access to economic opportunity.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/qatar/freedom-world/2025>

Kommentar

Katar ist eine Monarchie, die zahlreiche bürgerliche und politische Rechte beschneidet. Das Land ist dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1976) sowie dem Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1976) im Jahr 2018 beigetreten, dennoch ist es den Bürger:innen nicht gestattet, politische Parteien oder ähnliche Organisationen zu gründen. Zahlreiche Personen – insbesondere Personen, die keinen katarischen Pass vorweisen können – verfügen über eine nur sehr begrenzte Bewegungsfreiheit. Darüber

hinaus sind die Meinungs- und Versammlungsfreiheit stark eingeschränkt. Kritische Äußerungen in Bezug auf das Königshaus werden hart bestraft und die Medien, einschließlich der Sozialen Medien, streng überwacht. Im Ranking zur Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen belegt Katar den 84. von 180 Plätzen(2024).

Zwar gibt es zahlreiche Fortschritte hinsichtlich der Rechte der Frauen zu verzeichnen, wie etwa die Einführung des passiven und aktiven Wahlrechts als erstes Land am Golf. Dennoch werden Frauen weiterhin besonders im privaten Bereich diskriminiert. Es existieren Gesetze, die gewaltsame Übergriffe gegenüber Frauen verhindern sollen, Vergewaltigungen innerhalb einer Ehe beispielsweise gelten jedoch weiterhin nicht als Straftat. Insbesondere die Polizei weigert sich, derartige Übergriffe sowie weitere Gewaltvorkommen innerhalb der Familie strafrechtlich zu verfolgen. Insgesamt werden Frauen weiterhin strukturell benachteiligt und diskriminiert: Ein Beispiel hierfür ist, dass es Frauen nur mit Zustimmung des Ehemanns gestattet ist, zu reisen. Katarische Frauen dürfen nur durch Erlaubnis eines Vormundes heiraten, höhere Bildung verfolgen, in vielen Regierungs-Jobs arbeiten und manche Formen reproduktiver Gesundheitsversorgung erhalten. Außerdem dürfen sie nicht zu Events gehen oder sich in Bars aufhalten, in denen Alkohol ausgeschenkt wird. Unverheiratete katarische Frauen unter 30 Jahren dürfen in manchen Hotels nicht einchecken. Sollte eine unverheiratete Frau schwanger oder Opfer einer Vergewaltigung oder anderer sexualisierter Gewalt sein, kann sie keine notwendige sexuelle und reproduktive Gesundheitsversorgung erhalten, da für den Zugang eine Eheurkunde gefordert wird.

Auch die Rechte von LGBTQIA+ Personen sind massiv beschränkt. Nach katarischem Strafgesetz werden gleichgeschlechtliche Beziehungen zwischen Männern und Frauen mit mehrjährigen Haftstrafen geahndet. Human Rights Watch verweist (2023) darauf, dass katarische Sicherheitskräfte LGBTQIA+ Personen willkürlich festnehmen und in Haft misshandeln. So gebe es jüngst Fälle, in denen Betroffene in Polizeigewahrsam geschlagen und sexuell belästigt worden seien. Auch würden Geständnisse erzwungen und von den Betroffenen verlangt, dass sie jegliche „unmoralische Aktivität“ einstellen; ihnen werde der Zugang zu einem: einer Anwältin, der Familie und medizinischer Versorgung verwehrt und trans Personen würden dazu gezwungen, an Konversionstherapien teilzunehmen.

Es gibt Fälle von Folter und insbesondere politische Gefangene sind der Willkür des Staates ausgesetzt. Die Formulierungen in neueren Gesetzestexten zur Ahndung von Foltrevorfällen sind weiterhin sehr vage. Vielfach wird Inhaftierten auch der Zugang zu medizinischer Versorgung und rechtlichem Beistand verwehrt. Berichten zufolge werden Gefangene zum Stillschweigen hinsichtlich ihrer Haftzeit gezwungen, anderenfalls droht die öffentliche Denunzierung als Terrorist:in.

Im Kontext der Fußballweltmeisterschaft 2022 war die prekäre Lage der Arbeiter:innen auf den Baustellen der Stadien in den Fokus gerückt. Ausländische Arbeitskräfte machten etwa 94 Prozent der Arbeiter:innen in Katar aus. Ihre Rechte wurden massiv beschnitten, Ausbeutung war der Regelfall. Das in der Region verbreitete *Kafala*-System bedingt diese Zustände. Berichte sprechen teils von Zwangsarbeit und Menschenhandel. Obwohl es Arbeitgeber:innen qua Gesetz nicht erlaubt ist, die Pässe der Arbeiter:innen einzubeziehen, ist dies die weitverbreitete Praxis, die die Bewegungsfreiheit der Menschen einschränkt. Über 15.000 ausländische Arbeitskräfte sind laut Amnesty International zwischen 2011 und 2020 verstorben. Laut einem Bericht des Guardians von 2021 kamen mehr als 6.500 Arbeiter aus fünf asiatischen Ländern auf den Baustellen des Emirats in den vergangenen zehn Jahren ums Leben. Offizielle Stellen sprachen von mehreren hundert Menschen, die beim Bau der Stadien ums Leben kamen. Die katarische Regierung willigte ein, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Gastarbeiter:innen zu verbessern und Standards zu etablieren – bisher mangelt

es jedoch an der Durchsetzung bereits existierender Arbeitsschutzbestimmungen für Gastarbeiter:innen (siehe hierzu auch den folgenden Kommentar). So kritisiert die International Labour Organization noch im November [2023](#) deren Arbeitsrechte.

Innere Lage im Empfängerland

Box 8

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

The 2022 FIFA World Cup was a mixed blessing for Qatar. While it had the opportunity to present itself and make its state-of-the-art infrastructure and technological standards known, the spotlight shone on the country often led to severe international criticism perceived by many Qataris as unfair and hypocritical. All major building and infrastructure projects in preparation for the 2022 FIFA World Cup were completed before the event, including a network of roads, railways, underground metro and a light rail line. These were built by foreign workers under conditions often described as "modern-day slavery." Qatar had already enacted some improvements to the disputed Kafala system. Under the World Cup spotlight, more reforms followed, such as restricted working hours in summer and the region's first nondiscriminatory minimum wage. However, criticism of insufficient human rights protections continued. Qatar's image was further tarnished by the "Qatargate" corruption scandal, when EU parliament members were accused in late 2022 of being bribed by Qatari officials. Domestically, the Gulf crisis catalyzed the development of a national identity and solidarity. This sense of unity persisted during the pandemic and was further strengthened in response to intense foreign criticism during the World Cup. A major milestone was achieved in October 2021 when Qatar held its very first legislative elections for two-thirds of the Advisory Council (Shura). Although these elections did not mark a major step toward democratization, they nonetheless bolstered the credibility and legitimacy of Emir Tamim and indicated a shift toward parliamentarization. The elections also sparked the first significant protests since 2011 against the restrictive election law, leading the regime to harshly punish some protesters with long prison sentences. This leaves no doubt that political change will be top-down, not bottom-up.

While the government remains committed to economic and social modernization as outlined in the National Vision 2030, some setbacks resulted from the blockade and COVID-19. The pandemic allowed Emir Tamim to once again postpone the introduction of the value-added tax (VAT), which was originally planned for 2018 under the Gulf Cooperation Council (GCC) framework agreement in February 2017. While the education system in Qatar is still well-resourced, the relatively slow progress of improvements has allowed other countries, including GCC neighbors, to surpass Qatar in international rankings. Additionally, Russia's war against Ukraine significantly increased revenues from fossil resources and also improved Qatar's status among governments that were previously its harshest critics.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/QAT>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2024)

Im Jahresbericht 2024 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Katar 59 von 100 möglichen Punkten (2023: 58 Punkte). Deutschland erzielte 75 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2024>

Spannungen und innere Konflikte

In Katar gibt es keine nennenswerten internen gewaltsamen Konflikte. Ein erhebliches gesellschaftliches Problem ist jedoch die massive Ausbeutung der rund zwei Millionen ausländischen Arbeitskräfte im Land. Dazu trägt u. a. das *Kafala*-System bei, das die Arbeiter:innen einheimischen Bürgen unterstellt, die dann beispielsweise über deren Arbeitsplatzwechsel oder ihren Aufenthalt bestimmen können, wobei die Abnahme von Pässen der Arbeiter:innen ein weitverbreitetes Problem darstellt. Dazu ist die absolute Armut, in der viele Arbeiter:innen leben, eine potenzielle Quelle für Unruhe. Die Unzufriedenheit der Beschäftigten führt zu stärkerem Widerstand gegen die Wirtschaftselite und dem Einsatz für mehr Rechte. Aufgrund der gewachsenen Aufmerksamkeit im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2022 fanden diese Missstände auch international Beachtung. Katars Regierung lenkte ein: Im Oktober 2017 gab sie Ausblick auf die Einführung eines Rechtsschutzes sowie einen Mindestlohn für Arbeiter:innen. Letzterer gilt seit 2020. Über diese Aufmerksamkeit für die Missstände von ausländischen Arbeiter:innen im Land hinaus erregte die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft zudem Aufsehen aufgrund des FIFA-Korruptionsskandales, in dem hohe Bestechungssummen bei der WM-Vergabe an Katar eine Rolle gespielt haben sollen.

Grundsätzlich steht die Monarchie Katars für eine stabile politische Entwicklung, die allerdings mit der Einschränkung grundlegender politischer und bürgerlicher Rechte einhergeht. Katar hat in den letzten Jahren innerhalb des Global Peace Index stets einen der vorderen Ränge bekleidet und gilt als stabiler Staat mit einer multikulturellen Gesellschaft. Trotz positiver politischer Veränderungen in den letzten zwanzig Jahren durch die Einführung von Wahlen für Gemeindeverwaltungen (1999) oder einer neuen Verfassung (2003) hat der Reichtum, an dem Teile der katarischen Bevölkerung partizipieren, zu einer starken politischen Apathie geführt. Dies dürfte einer der Gründe sein, warum politische Beteiligung und Engagement wenig ausgeprägt sind. Vor allem aber stoßen Bestrebungen der Bevölkerung nach mehr Demokratie dann auf drakonische Strafmaßnahmen, wenn sie die Existenz der Monarchie in Frage stellen. Motor für die Reformen der letzten Jahre war deshalb nicht innenpolitischer Druck, sondern das Königshaus. Die Gründung politischer Parteien bleibt weiterhin verboten.

Die islamische Scharia ist eine der wichtigsten Gesetze in dem Land. Daneben existieren weitere bürgerliche Gesetze. Die Herrschaft der Königsfamilie, eine der letzten absoluten Monarchien in der Welt, basiert auf einem sehr ausgefeilten Patronage-Netzwerk, das sich über direkte finanzielle Bezüge die Loyalität und Staatstreue bestimmter zentraler Akteure und Gruppen sichert. Bislang haben es die Emire zudem verstanden, eine Balance zwischen der Vision eines modernen Katars einerseits und konservativer Traditionsverbundenheit andererseits zu finden, um so Konflikte innerhalb der Bevölkerung zu vermeiden. Dennoch deuten jüngste Entwicklungen darauf hin, dass Emir Tamin bin Hamad Al Thani, der 2013 die Macht von seinem Vater übernommen hat, durchaus Sorgen vor internen Unruhen hat, denen er etwa versucht durch die Stärkung des Innenministeriums und die Einführung einer Wehrpflicht zu begegnen. Diese wurde 2013 wieder eingeführt. 2018 wurde zudem eine freiwillige Wehrpflicht für Frauen eingeführt.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Katar liegt auf der arabischen Halbinsel und verfügt über eine Fläche von 11.586 Quadratkilometern. Das Emirat ist somit eines der kleinsten Länder der Welt. Es grenzt im Süden über 60 Kilometer an Saudi-Arabien und ist darüber hinaus mit einer 563 Kilometer langen

Küstenlinie vom Persischen Golf umgeben. Dort liegen die größten Gasvorkommen der Welt, die eine der wichtigsten Einnahmenquellen des Staates darstellen.

Politische Situation in der Region

Katar ist Mitglied des Rates für Zusammenarbeit im Golf (*Gulf Cooperation Council*), der 1981 nach der iranischen Revolution vorrangig zur Verbesserung der militärischen Kooperation zwischen den arabischen Staaten am Arabischen Golf gegründet wurde. Seit 1984 unterhalten die Staaten des GCC eine gemeinsame Eingreiftruppe (*Peninsula Shield Force*), die lange Zeit 10.000 Soldat:innen umfasste und in Saudi-Arabien stationiert war. Der wichtigste Stützpunkt befindet sich nach wie vor in Saudi-Arabien, die Truppe soll unterschiedlichen Angaben zufolge auf 30.000 - 40.000 Soldat:innen angewachsen. Seit Jahren gibt es Überlegungen, sie weiter zu stärken. Bis heute bleibt das Verhältnis der GCC-Staaten zum Iran gespannt und jüngst hat der Konflikt im Jemen, in den auch Mitglieder des GCC eingriffen, eine erneute Diskussion über die Aufstockung der Truppe auf bis zu 100.000 Soldat:innen entfacht. Dem steht jedoch die mangelnde Interoperabilität zwischen den beteiligten Streitkräften entgegen. Die Gründe hierfür sind politische Rivalitäten zwischen den GCC-Staaten, besonders zwischen Saudi-Arabien und Katar, aber auch die mangelnde Bereitschaft, Kontrolle an ein zwischenstaatliches Organ wie den GCC abzugeben. Hinzu kommen eigenständige, nicht abgesprochene Waffenbeschaffungsprogramme sowie unterschiedliche militärische Strukturen und Verfahren der einzelnen Golfstaaten. Gemeinsame Logistik und Infrastruktur existieren nur in Ansätzen (z. B. ein gemeinsames Radarwarnsystem), gemeinsame Übungen sind hingegen selten.

Katar war lange Zeit darauf bedacht, die Beziehungen zu den Nachbarländern und den Mitgliedsstaaten des GCC zu verbessern; in jüngster Zeit sind allerdings die Beziehungen, insbesondere zu Saudi-Arabien, erheblich angespannt. Anlass für Unstimmigkeiten in den letzten Jahren boten beispielsweise der katarische Fernsehsender al-Jazeera und Katars Außenpolitik, die unter anderem von Saudi-Arabien als Unterstützungsinstrumente für die Muslimbruderschaften im Mittleren Osten gesehen werden. Diese wiederum werden vor allem vom saudisch-wahhabitischen Klerus als Bedrohung wahrgenommen. Bereits 2014 zog Saudi-Arabien deshalb seinen Botschafter aus Doha mit dem Verweis auf Katars Unterstützung für Islamist:innen ab. Katars Außenpolitik zeigte in den letzten Jahren eine eindeutige Unterstützung für zahlreiche islamistische Gruppen, sowohl politischer Parteien in Tunesien und Ägypten, als auch Terrorgruppen wie der Taliban, der al-Shabaab Milizen oder der al-Nusra-Front in Syrien. Aufgrund einiger dieser Unterstützungsmaßnahmen verschlechterten sich Katars Beziehungen nicht nur zu den GCC-Staaten, sondern auch zu Ägypten dramatisch. Im Juni 2017 kam es schließlich zum Eklat, als Saudi-Arabien, Ägypten, Bahrain und die VAE die Beziehungen zu Katar abbrachen. Der Abbruch der Beziehungen beinhaltete u. a. die Sperre des See- und Luftraumes und die phasenweise Grenzschießung durch Saudi-Arabien sowie einen Austritt Katars aus der Peninsula Shield Force – später auch aus der OPEC. Die Beziehungen normalisieren sich seitdem jedoch wieder etwas. So ernannte Katar bspw. im August 2021 einen Botschafter in Saudi-Arabien und im Juni in Ägypten und zum Beginn des Jahres wurde die See- und Luftblockade aufgehoben. Über einen Wiedereintritt in die gemeinsamen Peninsula Shield Force wird diskutiert. Dennoch ist Katar größtenteils von Importen abhängig, weshalb diese Maßnahmen das Land unter Druck setzten. Als Grund hierfür wurden die Terrorismusförderung in Bahrain und im Osten Saudi-Arabiens sowie der vermeintliche Kollaborationskurs Katars gegenüber Iran genannt. Katar verfolgt vergleichsweise gute Beziehungen

zum Iran, die auf sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Erwägungen gründen. Katar ist geographisch nah an Iran gelegen und teilt mit diesem beispielsweise das weltweit größte Erdgasfeld, an dem Katar zwei Drittel (*North Dome*) und Iran ein Drittel (*South Pars*) hält. Beide Länder gehen Kooperationen ein, wie beispielsweise im Jahr 2010, als Katar und Iran ein Abkommen über den gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus und den Ausbau der Sicherheitszusammenarbeit unterzeichneten. Wie die abweichenden Positionierungen im Syrienkrieg zeigen, bleiben die Beziehungen zwischen beiden Staaten dennoch nicht unproblematisch. In dem Abbruch der Beziehungen zu Katar seitens einiger GCC-Staaten ist deshalb tatsächlich eher der Machtanspruch Saudi-Arabiens sowie der Versuch, Katar zu disziplinieren, zu vermuten. Katars Emir Tamim bin Hamid al Thani hatte zuvor zum einen Unmut geäußert über die antiiranische Rhetorik des saudischen Königshauses; zum anderen gratulierte er Irans ehemaligem Präsidenten Hassan Rouhani zu dessen Wiederwahl. Beide Schritte wertete Saudi-Arabien als Affront. Ausschlaggebend ist dabei auch, dass Katar seit einigen Jahren eine eigenständige Außenpolitik verfolgt, die darauf ausgerichtet ist, gute Beziehungen zu zahlreichen Akteuren der Region auszubauen und miteinander zu vereinbaren, so unter anderem zu Iran, Israel, der Hisbollah, Hamas und den Muslimbruderschaften. Mit dieser Strategie der Kooperation zielt Katar darauf ab, sich als unersetzbarer Partner zu etablieren und Sicherheitsgefahren abzuwehren. Die Bemühungen Katars um eine ausgleichende Politik stehen auch im Zusammenhang mit der Rolle als regionaler Mediator, die Katar seit Jahren ausbaut. So bietet der Einfluss Katars auf islamistische Gruppen auch eine Möglichkeit, diese zu Verhandlungen zu bewegen. Als Erfolge der Mediatorenrolle galten etwa die Freilassung von 13 Nonnen in Syrien im Jahr 2014, die syrische Rebell:innen gefangen genommen hatten, sowie die Freilassungsvereinbarung mit den Taliban um den US-Soldaten Bowe Bergdahl. Katars Bemühungen zur Deeskalation des Krieges im Gazastreifen wurden hingegen z. B. von Saudi-Arabien und Ägypten torpediert, die ihre eigene Rolle als Regionalmächte in Gefahr sahen. Seitdem sich der Konflikt zwischen der Hamas und Israel durch den Angriff ersterer im Oktober 2023 wieder drastisch verschärft hat, hat Katar versucht, eine Rolle in der Befreiung der mehr als 200 Personen, die die Hamas als Geiseln hält, einzunehmen. Während es den Angriff der Hamas auf Israel, wie einige andere arabische Staaten auch, nicht öffentlich verurteilt hat, hat Katar jedoch die israelische Politik für die Gewalteskalation verantwortlich gemacht.

Während der Umbrüche in der arabischen Region 2011, als auch in Bahrain Menschen für mehr Demokratie und grundlegende Rechte kämpften, unterstützte Katar eine militärische Intervention des GCC unter der Führung von Saudi-Arabien. Der Aufstand in Bahrain wurde niedergeschlagen und die unmittelbare Gefahr eines Regimesturzes dadurch abgewendet. Die tiefliegenden Konfliktursachen und die Unzufriedenheit in breiten Teilen der Gesellschaft mit dem bahrainischen Regime bestehen hingegen weiter fort. Der Protest findet Ausdruck in friedlichen Demonstrationen, aber auch Bombenanschlägen gegen Sicherheitskräfte. Weder die Wahlen im November 2014, noch die Wahlen in 2018 oder 2022 konnten signifikant zu einer Beruhigung der Lage beitragen.

Seit 2004 besteht im Jemen ein Konflikt zwischen der Zentralregierung und den Huthi-Rebell:innen, die insbesondere im Norden des Landes angesiedelt sind. Die Aufständischen begründen ihren Kampf mit der Unterdrückung und Diskriminierung durch die Regierung. Im Jahr 2009 eskalierte der Konflikt, als die Regierung einen massiven Militärschlag gegen die Rebell:innen im nördlichen Provinz Sa'ada durchführte, der tausende Menschen in die Flucht trieb. 2014 kam es zu einem Umsturzversuch der Rebell:innen und zu schweren Kämpfen in der Hauptstadt Sana'a. Nach dem Rücktritt des Präsidenten und seiner Regierung Ende Januar 2015 verkündeten die Huthi eine Übergangsverfassung. Im März 2015 griff eine

saudisch-geführte Militärkoalition in den Konflikt ein und bombardierte Rebell:innenstützpunkte aus der Luft. Zusätzlich verlegte die Koalition zehntausende Soldat:innen ins Land und an die saudische Landesgrenze. Die Zivilbevölkerung im Jemen wird immer wieder Ziel von Luftangriffen. Nach Angaben des UN Hochkommissars für Menschenrechte gab es zwischen März 2015 und Januar 2018 mehr als 6.000 Todesopfer und weit über 9.500 Verletzte unter der Zivilbevölkerung. Die Dunkelziffer ist aber wesentlich höher. So wurden laut einem Bericht der UN-Nothilfebehörde OCHA, der bereits im Januar 2017 veröffentlicht wurde, über 10.000 Zivilist:innen getötet. Human Rights Watch spricht von systematischen Angriffen auf Schulen, Märkte und Krankenhäuser. Nach Angaben des Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED), kamen bis Mitte 2022 über 150.000 Menschen bei den Kämpfen im Jemen ums Leben, einschließlich über 15.000 Zivilist:innen, die in gezielten Attacken getötet wurden. Noch höher ist die Anzahl der Toten, wenn man zusätzlich zu den durch Waffengewalt getöteten Kämpfer:innen und Zivilist:innen noch die Opfer in Folge von Krankheiten und Mangelernährung hinzuzählt. Zusätzlich unterbindet nämlich die von Saudi-Arabien angeführte Militärkoalition durch eine Seeblockade die Versorgung der jemenitischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. Die humanitäre Lage im Jemen ist katastrophal und humanitäre Hilfe wird durch die Blockade stark erschwert. Nach Angaben der Vereinten Nationen und der Weltgesundheitsorganisation haben etwa 75 Prozent der Bevölkerung im Jemen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Hunger und Cholera breiten sich aus. Nach Schätzungen der Hilfsorganisation Save the Children vom November 2018 sind im Jemen seit 2015 schon rund 85.000 Kinder unter fünf Jahren an den Folgen extremen Hungers gestorben, aktuellen Zahlen zufolge hat sich die Situation nochmals drastisch verschärft. Nach Berichten des Kinderhilfswerks UNICEF von Dezember 2022 liegt allein die Anzahl der unterernährten Kinder von unter fünf Jahren im Jemen bei 2,2 Millionen.

Grenzkonflikte

Noch bis vor einigen Jahren bestanden mehrere Grenzstreitigkeiten Katars mit Saudi-Arabien und Bahrain. Mit beiden Staaten konnte die katarische Regierung in den 1990er Jahren und zuletzt 2001 jedoch einvernehmliche Lösungen über die Grenzverläufe finden. Die Territorialstreitigkeiten mit Bahrain um mehrere kleinere Inseln bzw. Gebiete konnten durch einen Richterspruch des Internationalen Gerichtshof 2001 gelöst werden, der von beiden Seiten anerkannt wurde.

Regionale Rüstungskontrolle

In den vergangenen Jahrzehnten gab es zahlreiche Versuche, regionale Rüstungskontrollmechanismen im Nahen und Mittleren Osten zu etablieren. Sie sind jedoch immer wieder an den zahlreichen Konflikten in der Region, zuvorderst dem arabisch-israelischen Konflikt, gescheitert. Die Abwesenheit von Frieden in der Region ist für viele Staaten eines der wesentlichen Hindernisse, in Beratungen über regionale Rüstungskontrollen und Verhandlungen über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten einzusteigen. Die Etablierung einer solchen Zone wird seit Jahrzehnten besonders von den USA gefordert und gefördert. Bis heute konnten sich die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens jedoch nicht auf regionale Rüstungskontrollabkommen zur Regulierung von Massenvernichtungswaffen und konventionellen Waffen einigen. So scheiterte auch der Auftrag an den damaligen UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, spätestens bis zum 1. März 2016 eine Konferenz über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten einzuberufen, der der

Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag im Mai 2015 in New York vorlag. Dort lehnten die offiziellen Atomwaffenstaaten USA und das Vereinigte Königreich, sowie Deutschland und einige andere Länder Verhandlungen über eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten ab, solange sich Israel als einziger Atomwaffenstaat der Region gegen derartige Verhandlungen ausspricht.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Katar sind bis zu 10.000 US-Soldat:innen unter dem Zentralkommando (CENTCOM) stationiert. Den überwiegenden Anteil stellt dabei die US-Luftwaffe. Der wichtigste Stützpunkt ist die Al Udeid Air Base westlich von der Hauptstadt Doha, die neben den katarischen und US-Streitkräften auch von britischen und australischen Einheiten genutzt wird. Das Vereinigte Königreich nutzte den Stützpunkt seit 2014 als Hauptquartier für die Luftschläge gegen den Islamischen Staat im Irak. Aktuell befindet sich zudem ein rund 300 Personen starkes türkisches Trainingsteam in Katar stationiert.

Auch in Bahrain sind 4.500 US-amerikanische sowie 1.000 britische Soldat:innen stationiert; in Saudi-Arabien sind rund 50 französische und 100 britische, 100 griechische sowie 2.500 US-Soldat:innen stationiert. Ebenso sind in den Vereinigten Arabischen Emiraten insgesamt 650 Soldat:innen aus Frankreich, 100 Soldat:innen aus dem Vereinigten Königreich und 5.000 Soldat:innen aus den USA stationiert. In Kuwait befinden sich 300 italienische, 50 britische und 10.000 US-amerikanische Soldat:innen.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Katar ist den wichtigsten internationalen Abkommen zur Bekämpfung des globalen Terrorismus beigetreten. Das Land ist bis heute von Terroranschlägen auf eigenem Territorium verschont geblieben, was auch auf die drakonischen Überwachungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Als es im Sommer 2015 zu einem Terroranschlag auf eine schiitische Moschee in Kuwait kam, verurteilte Katar dies streng.

Vielmehr ist Katar in den zurückliegenden Jahren immer wieder selbst als Finanzier des internationalen Terrorismus in Erscheinung getreten. Berichten zufolge hat das Emirat inzwischen Saudi-Arabien hinsichtlich der Finanzierung von Terrorgruppen zahlenmäßig überholt. Eindeutige Beweise gibt es nicht, doch es wird vermutet, dass Katar Terrorgruppen wie den Islamischen Staat (IS), die Hamas, die Taliban und libysche Dschihadist:innen finanziell unterstützt, obwohl das Land gleichzeitig einer der wichtigsten Verbündeten für die USA bei der Bekämpfung des IS ist. Die Regierung bestreitet nachdrücklich, Gruppen wie den IS zu unterstützen und verweist stattdessen auf die zahlreichen Angriffe gegen die Terrororganisation von katarischen US-Luftwaffenstützpunkten aus, an denen sich Doha materiell und finanziell beteiligt. Doch selbst wenn die Regierung islamistisch-terroristische Gruppen nicht aktiv unterstützt und das Problem von den katarischen Behörden bewusst wenig Beachtung findet, ist davon auszugehen, dass sie finanzielle Zuwendungen durch einflussreiche Privatpersonen an diese Gruppen schon lange stillschweigend gestattet.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Katar ist zwar der wichtigsten Konvention zur Bekämpfung der transnationalen organisierten Kriminalität beigetreten, angesichts der prekären Lage vieler Gastarbeiter:innen, die teilweise der Sklaverei ähnelt, überrascht es hingegen nicht, dass Doha das Zusatzprotokoll gegen den Schmuggel von Auswandernden nicht unterzeichnet hat. Im Organized Crime Index [2023](#) belegte Katar den 77. von 193 Plätzen; insbesondere Menschenhandel und -schmuggel ist demnach ein ausgesprochen großes Problem.

Auch werden die Golfstaaten zunehmend zu einem wichtigen Dreh- und Angelpunkt für den internationalen Drogenhandel. Insbesondere lateinamerikanische Drogenkartelle nutzen die Golfregion als Umschlagplatz für den Weitertransport nach Europa und Asien. Im

Gegensatz dazu ist die Gefahr, dass Katar als Ort zur Geldwäsche genutzt wird, relativ gering. In den Jahren 2007 und 2009 hat das Land gesetzliche Regelungen und Mechanismen erlassen, um Geldwäsche besser bekämpfen zu können. Entsprechend belegte Katar im Basel Anti-Money Laundering Index in den vergangenen Jahren einen der hinteren Ränge.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Katar übermittelt im Rahmen des UN-Waffenregisters keine Angaben zu Exporten und Importen von Rüstungsgütern – es berichtete lediglich in drei Jahren, das letzte Mal im Jahr 1999. Auch für das UN-Instrument zur Berichterstattung über Militärausgaben stellt die Regierung in Doha keine Informationen zur Verfügung.

Da das Land den Arms Trade Treaty nicht unterzeichnet hat, reicht es auch hier keine Berichte ein. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons reichte es jedoch seit 2005 unregelmäßig, seit 2018 sogar im zweijährigen Turnus Berichte ein, letztmalig 2024.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Katar hat das UN-Protokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Komponenten und Munition nicht unterzeichnet. Es sind zwar keine illegalen Ausfuhren aus dem Land direkt bekannt, dennoch häuften sich in den letzten Jahren unklare Fälle. Im Jahr 2011 wurde beispielsweise öffentlich, dass die katarische Regierung libysche Rebell:innen in ihrem Kampf gegen das damalige Regime unter Gaddafi mit Milan-Panzerabwehrraketen aus französischer Produktion ausgestattet hatte. Es ist unklar, ob die Waffen direkt aus Frankreich stammten und für den weiteren Verkauf nach Libyen vorgesehen waren oder ob sie aus ursprünglich katarischen Beständen kamen und mit Duldung der französischen Regierung weitergegeben wurden. Anderen Berichten zufolge lieferte die katarische Regierung zur Unterstützung der Rebell:innen belgische FN FAL Sturmgewehre nach Libyen. Es ist davon auszugehen, dass bei der ursprünglichen Lieferung keine Re-Exportgenehmigung für Doha vorlag. Ob die Weitergabe der Waffen mit dem Wissen der belgischen Regierung vollzogen wurde, ist ungewiss. Zumindest gibt die belgische Regierung offiziell an, dass sie seinerzeit

keine Anfrage für einen Re-Export von der katarischen Regierung erhalten habe. Darüber hinaus habe die Regierung kein Interesse, eine mögliche illegale Weitergabe belgischer Sturmgewehre zu untersuchen. Inzwischen gibt es Berichte des UN Panel of Experts, wonach ursprünglich nach Katar gelieferte FN FAL Sturmgewehre, die von Doha aus nach Libyen geliefert wurden, in anderen Konfliktgebieten aufgetaucht sind. Laut einem Bericht der Vereinten Nationen hat Katar darüber hinaus auch ursprünglich aus Pakistan stammende Munition nach Libyen geliefert. Gemäß Angaben der pakistanischen Behörden verletzt die Weitergabe der Munition, die zwischen 1980 und 1982 geliefert wurde, das ursprüngliche Endnutzerzertifikat.

Neben dem Konflikt in Libyen hat Katar auch in Syrien nicht-staatliche Akteure mit europäischen Waffensystemen beliefert. Dabei wurden radikale Gruppen wie Ahrar al-Sharqiya, deren Kämpfer:innen hauptsächlich ehemalige Mitglieder von Jabhat al-Nusra und Ahrar al-Sham sind, bevorzugt. Tonnen von alten Waffen aus der Zeit des Warschauer Paktes – schwere Maschinengewehre, Raketenwerfer, Mörser, Panzerabwehrlenkwaffen und Granaten – wurden aus Rumänien und Bulgarien an Militäreinrichtungen in der Türkei geliefert, von wo aus der Transfer über den Landweg nach Syrien stattfand. Ob für die Weitergabe der Waffen eine Ausfuhrgenehmigung der osteuropäischen Regierungen vorlag, ist ungewiss. Die katarische Regierung dementierte den Vorwurf.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 9

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

The al-Ula agreement of January 5, 2021 reestablished societal, diplomatic and economic relations among Gulf Cooperation Council (GCC) member states, although tensions sometimes resurface, especially between Qatar and the UAE. With Bahrain, the rapprochement has been particularly slow. Meanwhile, Qatar further pursued autonomy and diversification of trade partners, food, water, capital goods and hydrocarbon exports, as outlined in its National Development Strategy (NDS) for 2018 to 2022. Self-reliance in food production, formerly almost completely import-dependent, is an ongoing goal with considerable success, especially in dairy and vegetable production. Progress in environmental protection and sustainability was put on the backburner, however.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/QAT>

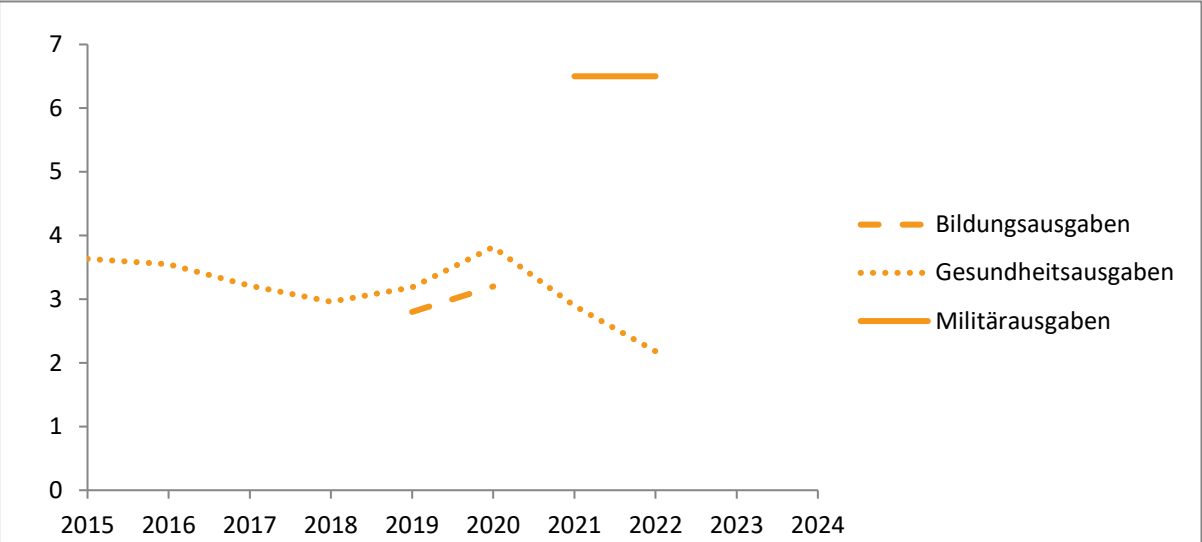
Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

	2020	2021	2022	2023	2024
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	-	12541	15879	-	-
Militärausgaben/BIP	-	6,5	6,5	-	-
Gesundheitsausgaben/BIP	3,8	2,9	2,2	-	-
Bildungsausgaben/BIP	3,2	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5
Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17
Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2019	2020	2021	2022	2023
Auslandsverschuldung	-	-	-	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	-	-	-	-	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	-	-	-	-	-
Net ODA (% of GNI)*	-	-	-	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	-	-	-	-	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).
Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung**

	2019	2020	2021	2022	2023
Militarisierungswert	-	-	219.8	228.2	229.6
Index-Platzierung	-	-	5	3	5

Tabelle 19**Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten**

		2019	2020	2021	2022	2023
Bahrain	Militarisierungswert	233.6	231.7	227.6	216.1	215.4
	Index-Platzierung	2	3	2	5	7
Saudi-Arabien	Militarisierungswert	211.7	216.4	210.8	204.3	209.8
	Index-Platzierung	6	6	8	11	9
VAE	Militarisierungswert	-	-	-	-	-
	Index-Platzierung	-	-	-	-	-

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2024.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20**Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent**

		2020	2021	2022	2023	2024
Bahrain	Militärausgaben (absolut)	1448	1491	1599	1622	1365
	Militärausgaben/BIP	4,1	3,5	3,4	3,5	2,9
Saudi-Arabien	Militärausgaben (absolut)	69769	66265	72570	77765	78954
	Militärausgaben/BIP	8,8	7,2	6,4	7,3	7,3
VAE	Militärausgaben (absolut)	-	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2023). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21**Human Development Index (HDI)**

	2019	2020	2021	2022	2023
HDI-Wert	0,880	0,872	0,866	0,883	0,886

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Zusammenfassung:

Katar gehört mit einem Nationaleinkommen pro Kopf von 70.070 US-Dollar zu den high income economies. Trotz Bemühungen der Regierung die katarische Wirtschaft zu diversifizieren, ist diese immer noch zu großen Teilen vom Export von Erdgas und -Öl abhängig. Aufgrund des Krieges in der Ukraine und der damit einhergehenden gestiegenen Nachfrage nach Gas sagen Prognosen für das Jahr 2024 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 3,6% vorher. In Bezug auf die Sustainable Development Goals liegt Katar mit einem Score von 64,93 auf Platz 102, was angesichts der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes nicht besonders hoch ist.

Vor dem Hintergrund der hohen menschlichen Entwicklung und der aktuell stabilen wirtschaftlichen Lage stellen Rüstungsexporte in das Land aber kaum eine Gefahr für die weitere Entwicklung des Landes dar.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Katar gehört mit einem Nationaleinkommen pro Kopf von 70.070 US-Dollar (Atlas-Methode) zu den high income economies. Damit liegt es weit über dem globalen Durchschnitt von 13.212 US-Dollar pro Kopf. Katar hat gegenüber dem Internationalen Währungsfonds keine ausstehenden Kredite und Zahlungsverpflichtungen. Daten zur Auslandsverschuldung liegen für Katar nicht vor. Auf dem Ranking des [Global Competitiveness Index](#) belegt das Land mit 72,9 Punkten einen sehr guten 29. Platz (von 141). Im Jahr 2022 wies das Land ein solides Wirtschaftswachstum (4,2 %) auf. Damit stabilisierte sich die katarische Wirtschaft nach dem Einbruch von 2020 (-3,6 %) und einem geringen Wachstum in 2021 (1,6%) wieder. Trotz Bemühungen der Regierung die katarische Wirtschaft zu diversifizieren, ist diese immer noch zu großen Teilen vom Export von Erdgas (47 % des Exports) und -Öl (12,5 % des Gesamtexports) abhängig. Neben diesen Hauptexportgütern spielen der Transportsektor und Tourismus (10,7 und 4 %) eine größere Rolle. Aufgrund des Krieges in der Ukraine und der damit einhergehenden gestiegenen Nachfrage nach Gas sagen Prognosen für das Jahr 2024 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 3,6% vorher.

Soziale Entwicklung

Mit einem HDI-Wert von 0,875 liegt Katar derzeit auf dem 40. Platz von 193. Damit gehört es in den HDI-Kategorien zu den Staaten mit einer „sehr hohen menschlichen Entwicklung“. In seiner Nachbarschaft liegen mit Bahrain (HDI-Wert von 0,888), Saudi-Arabien (HDI-Wert von 0,875) und den Vereinigten Arabischen Emiraten (HDI-Wert von 0,937) nur Staaten, die ebenfalls dieser Gruppe angehören. Unter diesen nimmt Katar mit Saudi-Arabien den letzten

Platz ein. Formell gehört Katar zu den wenigen Ländern mit einem Wert über eins (1,027) auf dem Gender Development Index; dies bedeutet, dass Frauen sogar mehr als Männer von dieser hohen Entwicklung profitieren. Frauen weisen in Katar nicht nur eine höhere durchschnittliche Lebenserwartung auf, sondern genießen durchschnittlich auch eine längere Bildung. Das weiterhin sehr große Lohngefälle (42.000 vs. 104.000 US-Dollar; PPP 2017) verdeutlicht jedoch, dass eine echte Geschlechtergleichheit keinesfalls gegeben ist.

In Bezug auf die Sustainable Development Goals liegt Katar mit einem Score von 64,93 auf Platz 102, was angesichts der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes nicht besonders hoch ist. Der Anteil der bereits erreichten Ziele ist mit 50 % jedoch recht hoch. Auf einem guten Wege zur Zielerreichung ist das Land bei SDG 8 (Decent work and economic growth) sowie SDG 12 (Responsible consumption and production). Geringe Fortschritte wurden zuletzt in Bezug auf SDG 4 (Quality education) und SDG 3 (Good health and well-being), in beiden Bereichen bleiben aber noch einige Herausforderungen zu bewältigen. Eklatant sind unter anderem die Rückschritte in Hinblick auf SDG 16 (Peace, justice and strong institutions).

Die Militärausgaben Katars sind mit aktuell 7 % des BIP sehr hoch (Stand 2022) und übertreffen die Investitionen des Landes in Bildung (3,2 %; Stand: 2020) und Gesundheit (2,9 %; Stand: 2021) bei weitem. Zudem gehört Katar seit Jahren zu den am höchsten militarisierten Staaten der Welt (aktuell GMI-Rang 5). Vor dem Hintergrund der hohen menschlichen Entwicklung und der aktuell stabilen wirtschaftlichen Lage stellen Rüstungsexporte in das Land kaum eine Gefahr für die Entwicklung des Landes dar.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Marc von Boemcken
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM August 2025

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

